

VOLKSWACHT

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Er erscheint täglich außer Montag.

Dieses ist durch unsere Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Kolporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 M., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6624.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 16.

Breslau, Mittwoch, 20. Januar 1892.

3. Jahrgang.

Berliner Brief.

56.

Die Berliner Wärmehallen.

Im Juni des vergangenen Jahres setzte bekanntlich die sozialdemokratische Partei der Reichshauptstadt eine rührige Agitation gegen die Kornzölle und für deren ungesäumte Aufhebung ins Werk. Naturgemäß kam bei dieser Gelegenheit der große Notstand unter der Berliner Bevölkerung zur Sprache. Es wurde öffentlich erklärt, daß tagtäglich Personen infolge gänzlicher Subsistenzlosigkeit entkräftet auf den belebtesten Straßen niederfielen. Die bürgerlichen Blätter suchten diese Vorkommnisse natürlich abzuleugnen, wurden aber durch die Berichte des „Vorwärts“ und anderweitige Feststellungen bald zum Schweigen gebracht.

Unter dem Eindruck jenes Glendes stellten die sozialdemokratischen Stadtverordneten im roten Hause den Antrag, Getreide aus den Kommunalmitteln im Großen einzukaufen und dasselbe im Kleinen zum Selbstkostenpreise an die notleidenden Leute abzugeben. Dadurch sollte die Sozialdemokratie wenigstens der schlimmsten Not steuern, andererseits betonten ihre Redner in allen Versammlungen ausdrücklich, daß nur durch Einführung der sozialistischen Produktionsweise das Elend aus der Welt geschafft werden könnte.

Wie gewöhnlich, wies die bürgerliche Majorität der Berliner Stadtväter diese gewiß beschiedenen sozialdemokratischen Forderungen zurück mit der Motivierung, die Not sei so schlimm nicht, und das Vorgehen der Sozialdemokraten bedeute lediglich ein Agitationsmanöver für die bevorstehenden Kommunalwahlen. — Das böse Gewissen und die Furcht lassen den Bourgeoisvertreter aber keine Ruhe. Man setzte endlich eine Kommission

zur Prüfung der Notlage nieder, deren Tätigkeit in dem Beschlusse des roten Hauses gipfelte:

Wärmehallen beim Eintritt der rauhen Jahreszeit zu errichten und dort für 5 Pf. eine Tasse Kaffee, für 10 Pf. einen Teller Suppe zu verabreichen. Die naturnotwendige Konsequenz, Speisen und Getränke in Ausnahmen gratis zu verabfolgen, zog man nicht, obwohl oder weil die Sozialdemokraten dies verlangten.

In Verfolg des obigen Beschlusses wurde zunächst eine Wärmehalle unter dem Stadtbahnhofen am Alexanderplatz, später eine zweite in der sogenannten Geheimratskneipe in der Jerusalemer Straße errichtet.

Die Kommune Berlin ist übrigens keineswegs die direkte Unternehmerin und Eigentümerin dieser Institute, sondern der „Zentralausschuß für den Arbeitsnachweis“, und die Stadt Berlin ihrerseits zahlt demselben bloß eine entsprechende Subvention.

So freudig man nun auch diese kleine Stütze im Interesse des arbeitslosen, darbenenden Volkes begrüßen mag, so muß man andererseits doch ihre Unzulänglichkeit scharf tadeln. Drei Vorwürfe treffen vor allem die neueste Schöpfung bürgerlicher Philanthropie:

1. ist die Anzahl der Wärmehallen ganz ungenügend;
2. sind die Räumlichkeiten viel zu beschränkt;
3. ist auch die Bezahlung der Speisen als Regel vollständig zu verwerfen.

Die Ausstattung der mit vielem Pompe eröffneten Wärmehallen erinnert den Besucher sofort daran, wo er sich befindet: kahle Wände, primitive Holzbank ohne Tisch — das ist Alles. Wer im Besitze nur winziger Geldmittel ist, kann in den Volkskaffeehäusern für dieselben Beiträge menschenwürdig unterkommen. Denn, abgesehen von der Mittagszeit, kann man in diesen Anstalten tagüber ungestört längere Zeit ver-

weilen, während man als nichtzahlender Besucher der Wärmehallen dem Zusammenreffen mit der Gese der Menschheit und allerlei Chikanen ausgesetzt ist.

Wenn übrigens die Wärmehallen eine Entlastung der Volkskaffeehäuser bezwecken, so ist dieser Zweck vollkommen erreicht, das Geschäft der Volkskaffeehäuser lukrativer geworden. Im Uebrigen bieten die Privatskaffeehäuser dem armen Mann weit mehr, da sie unter gleichen Bedingungen ihren Gästen alle Freiheit lassen, während in manchem Volkskaffeehause z. B. ein Gespräch über die Erfolge der Sozialdemokratie durchaus verpönt ist.

In den Wärmehallen verkehren nun naturgemäß die niedrigsten Schichten der Bevölkerung, und es darf daher nicht Wunder nehmen, daß der ehrliche Arbeiter, so lange als möglich jenen Instituten fern bleibend, lieber friert und hungert. Somit erscheint der praktische Nutzen der vielgerühmten Wärmehallen gleich Null, oder doch ganz minimal. Die Kleinbürgerwelt, der Geschäftsmann wie der Arbeiter, sieht in ihren Einrichtungen nur unglückliche halbe Maßregeln. Wer will es deshalb der Sozialdemokratie verdenken, daß sie die Halbheit der Bourgeoisie auf das schärfste verurteilt. Die heute noch herrschende Gesellschaft vermag sich zu keiner durchgreifenden Leistung auf sozialem Gebiete aufzuschwingen. Was sie zur Linderung der Not zu tun vorgiebt, ist ein Danaergeschenk für die Arbeiter. Volksküchen, Volkskaffeehäuser mit ihrer Tendenz, im circulus vitiosus die Löhne zu drücken, Wärmehallen, deren Besuch jeden selbstbewußten Menschen vor sich selber moralisch degradiert, Armenpflege mit ihrem entmenschenenden Einflusse auf den Betroffenen und am Ende Gefängnisse und Zuchthäuser, sie alle bieten sprechende und ergreifende Illustrationen zu der Verfehlung der heutigen Gesellschaftsordnung.

Better Fritz.

Kochbuch

Von ... Schattrian. Uebersetzt von Ludwig Frau.

(Fortsetzung.)

Fritz, der sich sein Lebtag mit solchen Sachen so wenig abgegeben hatte, wie mit den Mondbewohnern, fuhr mit den Fingern über die Spitzen und betrachtete sie mit Entzücken, während die alte Magd, die gesalteten Hände auf der Schürze, ihrer Begeisterung in lauten Worten Luft machte:

„Sollte man glauben, daß Frauenhände so etwas zu machen im Stande sind: ist das nicht wunderschön?“

„Ja, das ist schön!“ antwortete Kobus und dachte dabei, welchen Eindruck er mit diesem reichen Fabrikanten und mit diesen prächtigen Manschetten auf Susel machen würde. — „Glaubst Du, Käte, daß es viele Menschen giebt, die eine solche Arbeit zu würdigen verstehen?“

„Viele Menschen! Erst einmal alle Frauenzimmer, Herr Kobus, ohne alle Ausnahme; und wenn sie bis zu ihrem fünfzigsten Jahre die Gänse gehütet haben, so wissen sie doch Alle, was kostbar ist, was schön ist und was gut steht. Ein Mann mit solchem Gemüt, und wäre er der größte Dummkopf der Welt, würde einen Ehrenplatz in ihrem Herzen haben.“

Fritz mußte laut auflachen. Er betrachtete seine Garderobe. Nach längerer Zeit sagte er:

„Dieser Rock mit schwarzem Sammtkragen gefällt mir nicht übel, Käte.“

„Wo denken Sie hin, Herr Kobus?“ rief die alte Magd aus, die Hände über dem Kopfe zusammenschlagend, „ein Oberrock und ein Hemd mit Jabel?“

„Warum nicht? der Stoff ist ausgezeichnet!“

„Wollen Sie fein gekleidet sein, Herr Kobus?“

„Ja gewiß.“

„So ziehen Sie diesen himmelblauen Frack an, der noch funkelnagelneu ist. Sehen Sie mal!“

„Laß einmal sehen“, sagte Kobus.

Er zog den Frack an.

„Das ist herrlich. . . betrachten Sie sich einmal.“

„Und hinten, Käte?“

„Hinten ist er wunderschön, Herr Kobus. Sie haben darin eine Taille wie ein junger Mensch.“

Fritz besah sich im Spiegel und wurde ganz rot vor Freude.

Er drehte sich auf einem Bein herum und sagte: „Ich ziehe diesen Frack an. Jetzt noch eine Weste, aber, verstehst Du, etwas Prächtiges.“

„Eine weiße Weste, Herr Kobus, ein weißes gesticktes Halsstuch und Ihre schönen mußbraunen Hosen. Da, sehen Sie selbst.“

Bei diesen Worten breitete sie alles über die Kommoden aus:

„Alle diese Farben sind wie für einander gemacht, sie passen gut zusammen; Sie werden leicht gekleidet sein, Sie können tanzen, wenn es Ihnen Vergnügen macht, und sehen zehn Jahre jünger aus. Wie? Sie

haben das nicht? Muß eine arme alte Person, wie ich bin, Ihnen erst sagen, was Ihnen gut steht?“

Sie fing an zu lachen, so daß Kobus sie ganz erstaunt ansah und sagte:

„Es ist wahr. Ich denke so selten an Kleider —“

„Das ist nicht Recht von Ihnen, Herr Kobus; denn Kleider machen Leute. Ich muß noch Ihre feinen Stiefel mischen, dann ist alles schön an Ihnen; alle Mädchen werden sich in Sie verlieben.“

„Oho!“ rief Fritz aus, „wilst Du Dich über mich lustig machen?“

„Behüte Gott! seitdem ich Ihre wirkliche Taille gesehen habe, habe ich eine ganz andere Idee von Ihnen bekommen; he! he! he! Aber Sie werden die Schnalle wol etwas fest anziehen müssen. Und denken Sie doch, Herr Kobus, wenn Sie auf diesem Jahrmarkt ein hübsches Mädchen finden sollten, die Ihnen gefiele, und Sie schließlich — he! he! he!“

Sie lachte mit ihrem zahlosigen Munde und sah ihn damit an; und er, rot bis über die Ohren, wußte nicht, was er antworten sollte. Endlich sagte er sich und sagte:

„Und was würdest Du dazu sagen?“

„Ich würde mich freuen.“

„Aber Du wärest dann nicht mehr Herrin im Hause.“

„Ach du lieber Gott, die Herrin, die alles tun, nach allem sehen, alles erheben muß! Ach! wenn nur eine kommen wollte, eine junge, gute, fleißige Herrin,

Uebereall die Halbheit ja die offenbare Heuchelei, wie sie bei der Eröffnung der Wärmehallen wieder einmal klassisch zu Tage trat! Mit großem Lärm wies man auf die neuen Segnungen hin, nicht genug konnte man das gute Herz der Berliner oberen Zehntausend rühmen! Und nun gehe ein jeder einmal in diese neuen Samaritaneranstalten, diese Merksteine auf den Wegen der bürgerlichen Humanität, er wird sich sagen: „Da hat es der Gefangene immer noch besser!“ Während in der Wärmehalle die Leute oft wie die Schafe zusammengespeichert sind, ist dem Inhaftigen des Gefängnisses wenigstens sein genügendes Quantum frische Luft zugemessen; auch seine Nahrung bleibt immer noch den „Liebesuppen“ vorzuziehen.

Unser Urteil klingt hart, aber die Tatsachen rechtfertigen es. Das einzige Gute, das man den Wärmehallen nachsagen kann, ist, daß sie etwas d. h. mehr als gar nichts sind. Sie ermöglichen es den Angehörigen der industriellen Reservearmee, den traurigen, aussichtslosen Kampf mit dem Glende eine kurze Zeitspanne länger zu führen. Vielleicht, wir geben es gern zu, hilft sich der vorübergehend Arbeitslose vermittelt der Wärmehallen durch den rauhen Winter, aber für die Gesamtheit der Notleidenden, für die werktätige Bevölkerung im Allgemeinen bieten die neuen Schöpfung bürgerlicher Pseudohumanität keine nennenswerten Vorteile.

Sollte den Armen, Hungernden und Frierenden wirklich geholfen werden, so müßte man die Anzahl der Hallen verzehnfachen, aber damit würde man ja anerkennen, daß es viele Tausende von Arbeitslosen giebt, also sich selbst ins Gesicht schlagen. Herr von Forstner und Herr von Caprioli haben gesagt, es giebt keinen Notstand — dabei bleibt es.

„Wer arbeiten will, bekommt auch Arbeit und in Berlin braucht keiner zu verhungern,“ diese leichte Lebensart hört man leider zu oft. Sie scheint auch den Stadträten im Sinne gelegen zu haben, als sie die Wärmehallen einrichten ließen.

Portantius montes, nascetur ridiculus mus! die freisenden Berge gebären ein Mäuslein, das kann man in diesem Falle wieder mit vollem Rechte sagen.

Der preussische Landtag

ist vom Ministerpräsidenten Grafen von Caprioli mit folgender Rede eröffnet worden:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

Seine Majestät der Kaiser und König haben mich mit der Eröffnung des Landtages der Monarchie zu betrauen geruht.

Die Lage der Staatsfinanzen hat sich im Laufe dieses Etatsjahres weniger günstig gestaltet. Während die Rechnung für 1890/91 noch mit einem ansehnlichen, auf bewilligte Anleihen verrechneten Ueberschuß abschließt, ist es nicht ausgeschlossen, daß in Folge der Steigerung der Ausgaben, namentlich bei den Staatseisenbahnen, sich im laufenden Jahre ein jenen Ueberschuß übersteigender Fehlbetrag herausstellen wird.

Bei Aufstellung des Ihnen unverzüglich zugehenden Etats hat demgemäß auf allen Gebieten der Staatsverwaltung besondere Sparsamkeit geübt werden müssen. Namentlich hat zum Bedauern der Staatsregierung die als notwendig anerkannte Aufbesserung der Befoldungen der unmittelbaren Staatsbeamten in diesem Jahre noch nicht in der wünschenswerten Weise weitergeführt werden können. Nur zu der allseitig für besonders dringlich erachteten Verbesserung der äußeren Lage der Lehrer an den höheren Schulen und Seminarien sind schon jetzt die erforderlichen Beträge in den Etat eingestellt.

Das System des Aufrückens der Beamten nach Altersstufen ist bei den Unterbeamten bereits in dem diesjährigen Etat zur Ausführung gebracht und soll im nächstjährigen Etat im Anschluß an die Vermehrung der etatsmäßigen Stellen auf weitere Beamtenklassen ausgedehnt werden.

Der Entwurf des in dem Einkommensteuer-Gesetze vom 24. Juni 1891 vorbehaltenen Gesetzes wegen Gewährung einer Entschädigung für die Aufhebung der den Häuptern und Mitgliedern der Familien vormalig unmittelbarer deutscher Reichstände zustehenden Befreiung von ordentlichen Personalsteuern, sowie der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Revenuen des beschlagnahmten Vermögens des vormaligen Königs von Hannover, wird Ihrer Beschlußnahme unterbreitet werden.

Der von dem Landtage wiederholt gestellte Antrag auf gesetzliche Feststellung der Grundzüge für die Veranschlagung, Führung und Kontrolle des Staatshaushalts hat die Staatsregierung veranlaßt, erneut an die Aufstellung einer solchen Gesetzesvorlage heranzutreten, jedoch sind die Arbeiten noch nicht zum Abschluß gelangt.

Anknüpfend an die im vorigen Jahre verjügte gesetzliche Ordnung des Volksschulwesens wird wiederum der Entwurf eines Volksschulgesetzes vorgelegt werden; derselbe ist bestimmt, die einschlägenden Vorschriften der Verfassungsurkunde zur vollen Ausgestaltung zu bringen. In Verbindung damit ist die Aufhebung der Regierungsabteilungen für Kirchen und Schulwesen und die Uebersetzung ihrer Geschäfte auf die Regierungspräsidenten durch eine Novelle zum Gesetz über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung beabsichtigt.

Um den Kirchengemeinschaften die als notwendig erkannte Veseitigung der Stolgebühren für Trauen und Trauungen in einfacher Form zu ermöglichen, ist die Gewährung staatlicher Beihilfen in Aussicht genommen und sind die erforderlichen Mittel in den Etat eingestellt. Mit den Vertretungen der evangelischen Landeskirchen der älteren Provinzen und der Provinz Schleswig-Holstein konnte bereits bei ihrem verfassungsmäßigen Zusammentritte eine kirchengesetzliche Regelung der Verwendung vereinbart werden, deren staatsgesetzliche Sanktionierung Sie demnächst beschäftigen wird. Auch andere, äußere Verhältnisse der evangelischen wie der katholischen Kirche betreffende Vorlagen werden Ihnen zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung zugehen.

Der in der ersten Session der gegenwärtigen Legislaturperiode nicht zur Verabschiedung gelangte Entwurf eines die Kosten der königlichen Polizeiverwaltungen in Stadtgemeinden neu regelnden Gesetzes wird mit einigen

Abänderungen Ihnen wiederum zur Beschlußnahme vorgelegt werden. Im Anschluß an dieses Gesetz wird die Uebertragung der Verwaltung der verschiedenen Zweige der Volkspolizei in jenen Städten an die Gemeindebehörden in die Wege geleitet werden.

Die Rechtsverhältnisse derjenigen Eisenbahnen, auf welche das Gesetz vom 3. November 1888 nicht Anwendung findet, sind teils nicht völlig sicher, teils nicht so zweckmäßig geordnet, wie dies im Interesse kräftiger Entwicklung dieses wichtigen Verkehrszweiges erwünscht ist. Dem in dieser Beziehung hervorgetretenen Bedürfnisse soll eine Vorlage Abhilfe schaffen, welche Ihnen demnächst zugehen wird.

Auch in diesem Jahre werden Ihnen auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens Vorschläge gemacht werden, welche durch die Herstellung neuer Schienenverbindungen und durch sonstige Bau-Ausführungen und Beschaffungen die Erweiterung, Vervollständigung und bessere Ausrüstung des Staats-Eisenbahnnetzes bezwecken.

Die stetige Zunahme der Geschäfte bei den Gerichten der Stadt Berlin hat die Notwendigkeit ergeben, die Führung der Dienstaufsicht bei diesen Gerichten durch besondere Vorschriften zu regeln. Eine entsprechende Gesetzesvorlage wird Ihnen zugehen.

Durch die Novelle zur Reichs-Gewerbeordnung vom 1. Juli 1891 ist das seitherige Maß des gesetzlichen Arbeiterschutzes wesentlich erweitert worden. Die auf die Sicherung der Sonntagsruhe der Arbeiter sowie auf die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und erwachsener Arbeiterinnen bezüglichen Bestimmungen der Novelle finden auch auf den Bergbau unmittelbar Anwendung. Bei anderen durch das Reichsgesetz neu geordneten Gegenständen aber hat die Rücksicht auf die Eigentümlichkeit des bergbaulichen Betriebes es zweckmäßig erscheinen lassen, die landesgesetzliche Regelung vorzubehalten. Eine entsprechende Gesetzesvorlage wird dem Landtage alsbald zugehen.

Meine Herren, indem ich Sie im Auftrage Sr. Majestät begrüße, lade ich Sie ein, Ihre Arbeiten wieder aufzunehmen, und spreche im Namen der Staatsregierung die Hoffnung aus, daß Ihre Verhandlungen auch in der bevorstehenden Session unter Gottes Segen zum Wohle des Landes gereichen werden.

Auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers und Königs erkläre ich den Landtag der Monarchie für eröffnet.

Sozialpolitische Rundschau. Deutschland.

Der ermäßigte Getreidezoll soll nach einer dem Reichstage zugegangenen Gesetzesvorlage auch auf die Bestände von ausländischem Getreide (Weizen, Roggen, Hafer, Gerste, Mais und Hülsenfrüchten) ausgedehnt werden, welche nach amtlicher Feststellung am 1. Februar 1892 in Freilagern (Freibezirten), in öffentlichen Zollnieberlagern, in Privatlagern unter amtlichen Mitverschuß oder in gemischten Privat-Transitlagern ohne solchen, sowie in den deutschen Zollausläufen vorhanden sind, und zwar ohne Nachweis der Abstammung aus Vertragsstaaten oder meist begünstigten Ländern. Begründet wird der Entwurf mit der Schwierigkeit

die mir alles abnahm; ich wäre ganz glücklich darüber, wenn man mich nur die kleinen Kinder wiegen läßt.“

„Im Ernst, Du wärst nicht böse darüber?“

„Im Gegenteil, denken Sie doch . . . alle Tage werde ich heifer; meine Beine wollen nicht mehr recht fort; lange ging das nicht mehr. Ich bin vierundsechzig Jahre alt, Herr Kobus, geschlagen vierundsechzig Jahre . . .“

„Ach! Du machst Dich älter als Du bist,“ sagte Fritz, innerlich hoch erfreut über ihren Wunsch, der mit dem seinigen sich so gut vertrat, „ich habe Dich niemals kräftiger und munterer gesehen!“

„Oh! Das scheint Ihnen von Weltem nur so!“

„Dummes Zeug, sagte er lachend, aber die Hauptsache ist jetzt, daß morgen alles in Ordnung sei.“

Er prüfte nochmals seinen schönen Frack, seine weiße Weste, sein Halstuch mit den gestickten Zipfeln, seine aufbraunen Hosen und sein feines Hemd mit dem Spitzenjabot. Dann sagte er zu Käthe, die wartend dabei stand:

„Ist das alles?“

„Ja, Herr Kobus!“

„So, da will ich jetzt einen ordentlichen Schoppen trinken!“

„Und ich will das Nachsteifen bereiten.“

Er nahm seinen biden Meerichaumkopf von der Wand und ging pfirschend wie eine Droffel zur Tür hinaus.

Die Käthe bog sich in ihre Küche.

XVI.

Am folgenden Morgen gegen halb neun Uhr sprang der lange Schulz, von Kopf bis zu Fuß in Mantel gekleidet, mit seinem Fischbeinbüchsen in der Hand und seinen glanzlebernen Jagdhut fest auf sein langes, braunes, etwas vom Wein gerötetes Gesicht gesetzt, ganz munter vier Stufen auf jeden Schritt, Kobus' Dreppel hinan. Hahn, in kurzem, grünem Rock, schwarzer, gelbgeblümter Sammtweste, ganz behängt mit Perlen, und einem pomadigen, langhaarigen Kaschuh auf dem Kopfe, folgte ihm langsam, indem er sich mit seiner fleischigen Hand auf's Geländer stützte und bei jedem Schritt seine Schuhe knarren ließ. Beide schienen sehr vergnügt zu sein und erwarteten ohne Zweifel ihren Freund Kobus wie gewöhnlich in seinem grauen Oberrock und seiner rostfarbigen Hose zu finden.

„Kun, Käthe,“ rief Schulz zur halbgeöffneten Küchentür hinein, „ist er fertig?“

„Nur hineinspaziert, meine Herren, nur hineinspaziert,“ sagte die alte Magd lachend.

Sie schritten über den Vorhof und blieben auf der Schwelle des großen Speisezimters wie angewurzelt; Fritz stand drin vor dem Spiegel, angekleidet wie ein Stutzer.

„Oh! oh! oh!“ rief Hahn aus, „oh! oh! oh! Kobus . . . Kobus . . .“

„Das ist ja Verräterei, Du willst uns für Deine Bedienten angeben. . . .“

„Du willst uns totmachen, willst uns zermalmen. Ich möchte wol wissen, warum Du uns diese Falle gelegt hast?“

„Ei!“ versetzte Kobus lachend, „es ist der Preußen wegen.“ (Fortsetzung folgt.)

Literatur.

Leopold Jacoby, Deutsche Lieder aus Italien. Preis elegant gebunden 2,50 Mark, broschiert 1,80 Mark. (Münchener Handelsbucherei und Verlagsanstalt M. Poetzl in München.) Leopold Jacoby hat sich durch seine epische Dichtung „Omnia“ einen großen Ruf in der literarischen Welt erworben. Sein Epos hat großes Aufsehen erregt. In vorliegender Dichtung bietet der Verfasser ein Buch, welches durchweht ist vom Hauche sozialer Ideen, die heute so mächtig die Geister bewegen; aber das Ganze erscheint verklärt durch milde und reizvoll-schöne Form. Der erste Teil des Buches, betitelt „Ein Julius Janny-Lieder“, ist Roman in der Literatur der Lyrik dadurch, daß zum erstenmal in Liebesliedern eine höhere, weltumspannende Idee, die soziale Frage, eingewoben erscheint. Der zweite Teil „Aus Gegenwart und Zukunft“ enthält in der Mehrzahl Naturpoesien, eine Schlussabteilung: „Weltall-Lieder“ mit vielfach schpielerisch neuem Gedanken.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. S. B. Dieck Verlag) ist jedoch das 16. Heft des 10. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Der Fall Marx. — Der Sozialismus in Rußisch-Polen. Von Leo Biniarski. II. (Schluß). — Die Städterei und der Sozialismus. Von E. Domela Nieuwenhuis. — Aus dem babilonischen Gefängnisleben. Von A. Damnatius. (Schluß). — Notizen. — Familienroman: Der Traum Mafar's. Eine Weihnachtsgeschichte von D. Korolko. (Schluß).

des nachträglichen Erweises des Ursprungs des Lagernden Getreides. Die Befürchtung einer mißbräuchlichen Ausnutzung dieser Begünstigung durch schleunigst heranziehen großer Getreidemassen aus nicht meistbegünstigten Ländern sei zumal bei dem russischen Ausführungsverbot ausgeschlossen.

Von den sozialdemokratischen Abgeordneten des Reichstags ist zur zweiten Lesung des Stats, Kapitel Reichsversicherungsamt, folgende Resolution eingebracht worden:

Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, noch im Laufe der gegenwärtigen Session einen Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Unfallversicherungs-Gesetzes, vorzulegen, in welchem besonders folgende Punkte Berücksichtigung finden sollen: 1) den § 5, Absatz 2, Ziffer 2 des Gesetzes dahin zu ergänzen, daß die Zahlung der Rente an Verletzte nicht erst mit dem Ablauf der 13. Woche nach Eintritt des Unfalls, sondern von dem Tage der Beendigung des Heilverfahrens an zu erfolgen hat; 2) dem § 6 die Bestimmung hinzuzufügen, daß im Falle der Tötung eines Versicherten, welcher bereits in Folge eines früher erlittenen Unfalls Rente bezogen, die Berechnung des den Hinterbliebenen zu gewährenden Sterbegebühres und der Rente nicht nur nach dem Arbeitsverdienst, den der Getötete im letzten Jahre gehabt hat, sondern unter Zugrundelegung dieses Arbeitsverdienstes und der bezogenen Rente zu geschehen hat; 3) die in den Straf- und Gefangenenanstalten als Arbeiter beschäftigten Gefangenen in die Reihe der durch dieses Gesetz gegen Unfälle versicherten Personen aufzunehmen; 4) den Strafbestimmungen Vorschriften hinzuzufügen, nach denen Betriebsunternehmer und deren Angestellte, welche die ihnen auferlegte Beitragspflicht auf die versicherten Arbeiter abwälzen, in Strafe genommen werden.

Die Handelsverträge stoßen in Oesterreich, Italien und Belgien auf größeren Widerstand, als erwartet war. Man wittert — und leider nicht ohne Grund — politische Hintergedanken. In Oesterreich ist die Annahme durch die Volksvertretung jedoch sicher; nicht ganz so sicher ist sie in Italien — und sehr ungewiß, um nicht zu sagen unwahrscheinlich, ist sie in Belgien, wo die Opposition sündlich wächst.

Das eigene Einkommen ist für unsere Kapitalistenwelt die empfindlichste Stelle nicht nur, wo es sich darum handelt, aus diesem Einkommen für den Staat und die Allgemeinheit etwas zu leisten, sondern auch, wo die Bekanntmachung der Höhe des Einkommens in Frage steht. Die Geheimhaltung der Steuerlisten ist deshalb bei ihnen zu einem geheiligten Glaubensartikel geworden und wo sie die Gefahr wittern, daß daran gerüttelt werden könne, packt sie sofort die entsetzlichste Furcht. Gegenwärtig plagen sich in Preußen in Folge des neuen Einkommensteuergesetzes, welches bekanntlich die Selbsteinschätzung vorschreibt, die Besitzenden mit großen Schmerzen dieser Art und im Abgeordnetenhaufe brachte deshalb der Abg. v. Synern eine von 29 Nationalliberalen unterzeichnete Interpellation ein, ob die Staatsregierung im Laufe dieser Session eine Vorlage vorlegen werde, wodurch die im Einkommensteuergesetz bestimmte Geheimhaltung der Steuererklärung durch die Aufhebung der §. 31. entgegenstehenden älteren Bestimmungen gesichert würde.

Nur ja keine Offenheit über das Einkommen der Herren Kapitalisten; da könnte ja die Welt gewahr werden, wie hübsch sich die „Entbehrungslöhne“ summieren.

Eine Preßblüte. In einer Besprechung eines Bildes von Professor Reibe „Vitriol“, welches den Moment vor einem Vitriolattentat darstellt, geplant von einer verlassenen Geliebten gegen einen Offizier und dessen Braut, leistet sich die „Kreuztg.“ folgende denkwürdige Bemerkung:

„Uns wundert es übrigens, daß das Offizierkorps des Regiments Graf Wrangel gegen das Bild nicht Einspruch erhoben hat.“

Das ist doch leibhaftiger Götzendienst. — Man bedenke nur, das Staatsgewand eines Offiziers steht so hoch, daß nicht einmal ein Maler wagen darf, dasselbe auf einem realistischen Bilde abzulontersieren. Wie weit soll das noch gehen. — Wir hier werden mit Geldstrafe gebüßt, weil wir der Interimsrod eines Offiziers salopp zu nennen uns unterfangen haben. Der Maler darf einen Offiziersrod nicht in eine für den Träger unbehagliche Situation bringen u. s. w. ad infinitum. Wenn das so fort geht, erleben wir bald die Zeit, wo die Offiziersuniform nicht anders als wie der heilige Rock in Trient verehrt werden darf.

Krieg in Sicht!

Die „Mecklenburger Nachr.“ schreiben unlängst: „Es handelt sich darum, ob im deutschen Reich Differenzen unter Bundesstaaten durch den Bundesrat oder durch die Gewalt der Waffen entschieden werden und wer will es uns monarchisch gesonnenen Mecklenburgern verbieten, wenn wir die Kränkung unseres teureren Landesherren als eigene Kränkung mitfühlen.“ Wann wird der Entscheidungskampf zwischen Preußen und Mecklenburg auf Tod und Leben geführt werden? Wann!? Er wird fürchterlich enden. Armes deutsches Vaterland!

Freude in Troja's Hallen. Die Leipziger Ordnungssäulen, welche bedenklich ins Schwanken geraten waren, als die Schredenspost eintraf, daß der national-liberale Wittkowitz die Winkelmann auf dem Weg in die die Heimat sei, stehen wieder fest: Winkelmann ist plötzlich gestorben. Gelegener ist noch Keiner gestorben. So gelegen, daß eine Aufklärung dringend notwendig ist, wenn die abenteuerlichen Gerüchte, welche im Umlaufe sind, nicht Glauben finden sollen. Wie mancher Viedermann aber, der vorgestern noch das Haupt millionen- und sorgenschwer hängen ließ, stolzt heut strahlend und gehobenen Hauptes durch die Straßen der stolzen Ordnungshochburg am Bleiche-Strand. Das heilige Eigentum ist wieder einmal gerettet — der Mund, der seine Geheimnisse der profanen Welt hätte enthüllen können, ist auf ewig verstummt, und vorläufig kann das Geschäft weiter fortgesetzt werden, ohne daß man durch Visionen des Zuchthaus gestört wird. Der arme Schienenslider von Bochum aber wird zum Himmel aufseufzen: ach, hätte ich mir doch auch einen Winkelmann angeschafft. Die lächlichen Kollegen sind doch „helle“.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Warum essen diese Leute keinen Kuchen, so rief eine vornehme Dame zu Paris, als während einer großen Lebensmittelteuerung Proletarienhäuser, die hungrig nach Brot riefen, ihren Wagen umgaben. Die Geschichte ist über hundert Jahre alt und begab sich knapp vor der französischen Revolution.

Auch wir erleben heute eine Lebensmittelteuerung, die durch die gleichzeitig anwachsende Arbeitslosigkeit den Charakter einer Hungersnot erhält. Und wieder löbt die historische gewordene Frage an unser Ohr. Diesmal sind es die „Wiener Hausfrauen“, die Amtsnachfolgerinnen der Pariser Komtesse, welche sie stellen. Das Rindfleisch steigt im Preise, wie alle übrigen Nahrungsmittel. Das fragen die Wiener Hausfrauen: „Wenn das Rindfleisch zu teuer wird, warum essen wir eigentlich nicht Hendlchen? oder Wildpret? oder Fische?“ Und sie gehen hin und gründen einen Verein zur Boykottierung der Fleischhauer. Sie wissen nicht, die guten Damen, daß bei einem ganz bedeutenden Teile der Großwienener Bevölkerung ihre Frage eigentlich lauten würde: warum essen wir nicht lieber Pferd fleisch? wenn nicht auch das Pferdefleisch enorm im Preise gestiegen wäre. So wahr ist der alte Satz, daß die eine Hälfte des Volkes nicht weiß, wie die andere lebt.

Die Sozialisten erzielten bei der Reichsratswahl in Rumburg in Böhmen mehr als den sechsten Teil der Stimmen, obgleich nur diejenigen wahlberechtigt sind, die 8 Mk. 50 Pfg. direkte Staatssteuern, diese Summe oft noch übersteigende Zuschläge und außerdem Gemeinde-, Landes- und Kultussteuern zahlen.

Belgien.

Ein Beitrag zu dem Kapitel über die geistigen Fähigkeiten der Frau. In Brügge starb, 81 Jahre alt, die Seniorin des belgischen Journalismus, die Chef-Redakteurin des „Journ. de Bruges“, Frau Karoline Popp. Seit dem Jahre 1837, nach dem Tode ihres Mannes, übernahm sie die Leitung dieser Zeitung und führte sie im liberalen Sinne mit Takt, Geschick und großem Erfolge bis zu ihrem Todestage. Mit gewandter Feder schrieb sie zündende Artikel und anmutige Aufsätze, veröffentlichte in der Brüsseler Zeitung „L'Office de Publicité“ durch die Gediegenheit des Inhalts und Feinheit der Sprache viele bewunderte Brüsseler Briefe und war ständige Mitarbeiterin an vielen Revuen. Auch als Schriftstellerin leistete sie Tüchtiges. Ihre handreichen Erzählungen, Sagen und Märchen sind in viele Sprachen übertragen worden. König Leopold verlieh ihr den Leopoldorden; die französische Regierung ernannte sie zum Ritter der Akademie de France. Die gesammte belgische Presse feierte die ebenso lebenswürdige wie charaktervolle Schriftstellerin. Sie starb nach kurzem Unwohlsein unerwartet in ihrem

Gaule, welches allen Schriftstellern und Künstlern stets ein gastliches Heim war.

Rußland.

Aus Rußland häufen sich die Nachrichten über den Entsetzen erregenden Notstand in allen Gebieten des Reiches. Zugleich zeigt sich immer mehr die Unfähigkeit, Ungültigkeit und Unredlichkeit der Verwaltungsbehörden. Aus Moskau meldet der Draht: Die Klagen über die Fahrlässigkeiten der städtischen und landschaftlichen Verwaltungen in den von der Hungersnot betroffenen Gebieten mehren sich beständig. So ist der im September gefaßte Beschluß der Ufa'schen Stadtverwaltung, sofort 55,000 Rubel für den Ankauf von Roggenmehl anzuwenden, noch immer nicht ausgeführt worden.

Und dennoch ist „Wäterchen“, der Zar, von der Vortrefflichkeit der staatl. Einrichtungen in seinem Reiche überzeugt. Ja noch mehr, er hat erst kürzlich mit Entrüstung verkündet: In Rußland giebt es keinen Notstand.

Ganz wie bei uns! Herr v. Fortenbeck erkennt als Oberbürgermeister den Notstand für Berlin ebenso wenig an, als Graf Kaprivi denselben für Preußen oder Deutschland. Ein hübsches Trio!

Arbeiterbewegung.

Anträge zum Gewerkschaftskongreß.

Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen Leipzigs.

„Die Grundlage der Gewerkschaftsorganisation bilden die Zentralverbände verwandter Berufsweige.“

In dem Entwurf sind in der Abteilung „Organisation der deutschen Gewerkschaften“ im dritten Absatz die letzten Worte „wo für die Zentralvereine als solche Schwierigkeiten bestehen“, sowie die beiden folgenden Absätze zu streichen.

Unter „Aufgaben der Zentralvereine“ ist dem Passus 2 hinzuzufügen: „ferner an solche, welche durch unvorhergesehenen Fälle in Not geraten sind. (Bezieht sich der Besten sind von der Zentralleitung nähere Bestimmungen festzusetzen.)“

Unionen.

Die Zentralvereine der verwandten Berufsweige verbinden sich unter einheitlicher und aus Vorstandsmitgliedern sämtlicher dabei in Betracht kommenden Verbände bestehender Leitung zu sog. Unionen.

Dieselben bilden in ihrer Gesamtheit den alleinigen, bestimmenden und ausschlaggebenden Faktor der gesammten Gewerkschaftsbewegung.

Zur Erledigung und Handhabung aller Geschäfte und derjenigen Angelegenheiten, bei welchen alle Unionen gleichmäßig interessiert sind, wird auf dem alle zwei Jahre stattfindenden allgemeinen Gewerkschaftskongreß ein Geschäftsführer als ausführende Person gewählt, an dessen Seite je ein Unionsvertreter gestellt wird.

Aufgaben der Unionen.

a) und b) in der von der G. R. vorgeschlagenen Fassung;

c) Streiks, welche innerhalb der zur betreffenden Gruppe gehörenden Industriezweige notwendig werden und Aussicht auf Erfolg haben, von den einzelnen Berufsorganisationen aber nicht wirksam geführt werden können, und nachdem sie von der Union gutgeheißen sind, auf gemeinschaftliche Kosten zu führen. Letztere sind im prozentualen Verhältnis zur Stärke von allen zur Union gehörenden Einzelorganisationen aufzubringen; d) das Wort „möglichst“ zu streichen.

Aufgaben des Geschäftsführers.

Derselbe hat die Aufgabe, mit Hilfe der Unionsvertreter:

a) die Betreibung der Agitation in denjenigen Gegenden und Industrien, Berufen, deren Arbeiter noch nicht organisiert sind;

b) die Beschlüsse der Unionen, sowie die nötigen rechtzeitigen Bekanntmachungen in der Tagespresse zu erlassen;

c) und d) in der Fassung des Entwurfs der Generalkommission;

e) ganz streichen.

Die Bestimmung, daß Zentralvereine, welche keiner Organisation an gehören, durch Abgabe von 2 Pft. der Sinnahme von 15 Pft. Wochenbeitrag an den Geschäftsführer sich der Gesamtorganisation anschließen können, ist zu streichen.

Zum Buchdruckerstreik. Aus Berlin, Leipzig, Dresden, Stuttgart, Lübeck wird gemeldet, daß die Gehilfen den Anordnungen des Vorstandes des „Anteilstützungsvereins Deutscher Buchdrucker“, wenn auch mit schwerem Herzen, nachgekommen sind und der Streik für beendet erklärt worden ist.

Die Arbeiter Bewegung haben über die Verhältnisse von Braach und Abendahl, Sachsenstraße, vorgeschlagener Maßregelungen halber die Sperre verhängt.

In Dortmund findet heute, den 17. Januar, eine Versammlung sämtlicher Vertrauensmänner der Bergleute Rheinlands und Westfalens statt. Beratungen über die Unterstützungskasse der Bergleute und über die augenblickliche Lage der Bergarbeiterschaft sind die wichtigsten Punkte der Tagesordnung.

Der deutsche Metallarbeiter-Verein (Sitz in Stuttgart), welcher auf dem zu Frankfurt a. M. im Juni vorigen Jahres abgehaltenen Kongress zu gründen beschlossen wurde und am 1. August in Kraft trat, hat es in der kurzen Zeit seines Bestehens (fünf Monate) auf eine Mitgliederzahl von circa 23 000 gebracht, welche sich auf 186 Orte und 286 Verwaltungsstellen verteilt.

Der Pariser Gemeinderat bewilligte für die streikenden Arbeiter der Compagnie Urbaine 10 000 Franken Unterstützung.

Gerichtliches.

Zwei große Spitzbuben. Die Meininger Strafammer I verurteilte die beiden Bankiers Philipp Rednagel und Paul Wohlhart aus Eisfeld wegen Vergehens gegen die Konkursordnung und wegen Betruges zu zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis, zur Tragung der Kosten und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf zwei Jahre.

Diesem. Vor hiesigem Landgericht gelangte der schon längere Zeit schwebende Meißener Hazardspielprozess zur Verhandlung. Es wurde festgestellt, daß bei dem Glücksspiel: „Meine Tante — deine Tante“ Teilnehmer bis zu 60 000 Mark (!) verloren. Es wurden Geld- und Freiheitsstrafen bis zu 3 Monaten Gefängnis verhängt.

Leipzig. Wieder einer. Dr. med. Sutorius Leipzig wurde vom Landgericht wegen Betrugs in 5 Fällen und Betrugsversuchs in 1 Fall gegenüber der Distriktskasse zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Karl Schulze, früherer Redakteur der „Thüringer Tribüne“, wurde von der Erfurter Strafkammer in obermaliger Verhandlung zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt wegen Abdrucks des Gedichts „Schusterde und kein Ende“. Die Sache hat schon das Reichsgericht als Revisionsinstanz beschäftigt und wurde von demselben an jenes Gericht zurückverwiesen. Das Urteil entsprach dem in erster Instanz gefällten.

Räuber in Westfalen. Wer Andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein. Der hiesige Gemeindefassen-Rebent hatte, wie einem Stadtverordneten bekannt war, einen Steuerbetrag nicht rechtzeitig gebucht, sich also der Unterschlagung schuldig gemacht. Dieser Stadtverordnete wurde zum Revisor der Stadtkassen-Rechnung gewählt. Um nun zu verhüten, daß er sein Amt antrete, denunzierte ihn der Rebent wegen eines Sittlichkeitsverbrechens und beantragte auch unter Zustimmung des Bürgermeisters, für den er auch noch Schreiberdienste besorgte, die sofortige Festnahme wegen Fälschungsverdachts. Hieron erhielt der Stadtverordnete frühzeitig Kenntnis und mit Hilfe seiner einflussreichen Freunde wachte er der Sache auszuweichen. Von einer Verhaftung war keine Rede, denn die Denunziation war grundlos. Der Stadtverordnete drang nun darauf, daß die städtischen Rechnungen genau revidiert würden; die Regierung sandte einen Kommissar, der in kurzer Zeit Unterschlagungen in Höhe von 22,000 Mark feststellte. Gestern ist der Rebent, Ribbendorf heißt er, verhaftet worden.

Eifersicht. Aus der besten der Welten. Die 21jährige Weibchen von hier war des Erpressungs-Berufes angeht. Der Kommiss Paul Wauke hatte ein Verhältnis mit dem Mädchen, und als dasselbe darauf ein Kind gebar, sich, ohne für letzteres das Geringste zu zahlen, zurückgezogen und das arme Mädchen seinem Elend überlassen. Dann wollte der Kommiss ein anderes Mädchen heiraten. Darüber geriet die Betrogene in gerechte Entrüstung und schrieb dem Wauke, sie werde seiner neu angeheirateten Braut und deren Eltern alles mitteilen und denselben sein Kind zeigen, wenn er nicht so viel Anstand und Rechtsgefühl behande, für dieses sein eigenes Kind zu sorgen. Paul Wauke ging mit dem Briefe zum Staatsanwalt und dieser stellte das Mädchen wegen „Erpressungsversuch“ vor die Strafkammer. Diese belegte das arme Mädchen mit 9 Tagen Gefängnis, während der Paul Wauke noch „Jugendgefahrten“ bekam. Das ist die geltende Moral im Lande der frommen Sitte nach Gesetz und Urteilsspruch.

Kleine Chronik.

Etwas Darwinistisches. In der letzten Nummer des „Nineteenth Century“ veröffentlicht Dr. Louis Robinson einige Ergebnisse seiner Forschungen, die einen wichtigen Beitrag zur Darwin'schen Theorie bilden, nach welcher bekanntlich der Mensch wesenverwandt ist mit den Vierhändlern, d. h. mit den Affen. Robinson erinnert zunächst an das darwinistische Axiom, daß die Entwicklung des Individuums ein Abbild der Stammesgeschichte darstelle, und giebt dann eine Reihe von Beispielen aus dem Tier- und Menschenleben. Dann führt er aus, daß das Kindesalter noch manche Erscheinungen biete, die auf den Zustand der Wildheit zurückweisen; zu diesen rechnet er das Verstecken, die Abneigung gegen fremde Gesichter und dergleichen. Der Hauptgegenstand seines Artikels ist aber folgende Darstellung. Eines der charakteristischen Kennzeichen des Affengeschlechtes ist die Gewohnheit, sich mit den Händen irgendwo aufzuhängen. Diese Fähigkeit spielt im Affenleben eine große Rolle; sie entwickelt die Affenhand so sehr, daß sie zu einer kräftigen Klammer geworden ist. Nicht nur die erwachsenen Individuen haben sie, sondern auch die neugeborenen. Wenn eine Affenmutter mit ihrem Jungen von Ast zu Ast flüchtet, so kümmert sie sich nicht um dieses; es hält sich selber fest genug im Pelz der Mutter, macht so alle Sprünge mit und gelangt mit ihr in Sicherheit. Bei zahmen Affen wurde Ähnliches beobachtet. Wallace erzählt von einem neugeborenen Orang, dessen Mutter er getötet hatte; das Junge griff ihm in den Bart und war mit keinem Mittel loszurufen, bis man es in ein weiches Bisontenfell hüllte, in das es dann hineinschlüpfte. Dr. Robinson hat nun zu erforschen gesucht, bis zu welchem Grade das menschliche Junge die nämliche Fähigkeit des Festhaltens besitzt, und er war der Ansicht, daß, wenn Darwin Recht hat, wenigstens eine Spur dieser Fähigkeit bei dem neugeborenen Menschen sich finden müsse. Er hat nun darauf hin sechzig Kinder im Alter von weniger als einem Monat untersucht, und zwar die meisten gleich während der ersten Stunden nach ihrer Geburt. In allen Fällen, bloß zwei ausgenommen, hatte das Neugeborene mindestens zehn Sekunden lang frei an den Händen hängend sich festhalten können, entweder an den Fingern des Beobachters, oder an einem Ringe, so daß das ganze Gewicht des Körpers an den Händen hing. In zwölf Fällen, bei Kindern vom Alter einer Stunde, verfloß eine halbe Minute, ehe der Halt losgelassen wurde; in drei Fällen verfloß beinahe eine ganze Minute. Im Laufe von vier Tagen hatte im Allgemeinen die Kraft zugenommen, und fast alle Kinder konnten sich mit ihrem Gesamtgewicht eine halbe Minute lang aufhängen. Nach 14 Tagen hatte die Faustkraft der Neugeborenen ihr Maximum erreicht; die meisten blieben eine und eine halbe Minute hängen, zwei mehr als 2 Minuten, eines sogar 2 Minuten und 35 Sekunden. Bei der raschen Zunahme des Gewichts erklärt es sich, daß es den Neugeborenen von der dritten Woche an immer schwerer wird, sich aufgehängt zu halten. In einem Fall, den Dr. Robinson anführt, ließ ein Kind nach zehn Sekunden mit der rechten Hand los und hielt sich schwebend allein mit der linken noch fünf Sekunden lang. Dr. Robinson hat auch Photographien der so hängenden Kinder aufgenommen; die Haltung der Kinder (herausgezogene Beine) und die im Verhältnis zu den übrigen Gliedern starke Entwicklung der Arme erinnert unwillkürlich an Affenart. Wer sich überzeugen will, welche Muskelkraft zu dem gehört, was ein neugeborenes Kind in dieser Weise vollbringt, der möge nur einmal mit eingezogenen Nägeln an einen Carren sich hängen und versuchen, es so zwei bis drei Minuten auszuhalten; er wird dann über den Wert der Leistung im Klaren sein.

Parlamentsbericht.

Deutscher Reichstag.

149. Sitzung vom 16. Januar 1892, 12 Uhr.

Die zweite Beratung des Etats wird fortgesetzt und zwar bei den einmaligen Ausgaben des Reichsamt des Innern.

Als Kosten der Beteiligung des Reiches an der Weltausstellung in Chicago im Jahre 1893 sind 200 000 Mk. ausgeworfen.

Unterstaatssekretär von Rottenburg: Für die Weltausstellung in Chicago ist ein besonderer Kommissar bestellt worden, der sich ausführlich mit dieser Frage beschäftigt. Er berichtet, daß die Beteiligung der Industrie schon eine ganz erhebliche ist. Die chemische Industrie, die Spielwaren-Industrie, die Glas-Industrie, der Buchhandel u. s. w. haben ihre Beteiligung zugesichert. Auch die Photographie, einzelne Zweige der Textilindustrie, das Maschinen- und Ingenieurwesen, die Porzellanindustrie, die Bronze-Industrie, die Elektrotechnik haben ebenfalls ihre Beteiligung in Aussicht gestellt. Wenn es nur darauf ankäme, die Räume, welche in Chicago

zur Verfügung stehen, zu füllen, so brauchte weiter nichts zu geschehen. Aber damit ist die Regierung nicht zufrieden. Es kommt nur darauf an, daß die Industrie Deutschlands genügend auftritt. Dieses Ziel ist noch nicht erreicht. Mehrere Industrien verhalten sich dauernd ablehnend, ohne daß man über die Gründe der Ablehnung recht aufgeklärt ist. Aus den verschiedenen Äußerungen ergibt sich aber folgendes: Man sagt, in Amerika ist kein neues Absatzgebiet zu schaffen. Das mag richtig sein, kann aber nicht den Ausschlag geben. Wenn es sich auch nicht um die Eroberung eines neuen Absatzgebietes handelt, so kommt es darauf an, einen Bestands zu erhalten. Dieser Bestands ist ein sehr bedeutender und namentlich kommt es darauf an, daß wir uns von dem südamerikanischen Markt nicht durch die Vereinigten Staaten verdrängen lassen. Es geht augenscheinlich das Bestreben Nordamerikas dahin, Südamerika von sich in wirtschaftlicher Abhängigkeit zu bringen. Das ist eine Erweiterung der Monroe-Doktrin auf das wirtschaftliche Gebiet. Dem muß Deutschland entgegenzuarbeiten suchen. Ein zweiter Grund der ablehnenden Haltung ist die Furcht vor den unüberwältig mäßig großen Kosten. Ein dritter Grund liegt darin, daß die deutsche Industrie mit Amerika schmollte wegen der Mac Kinley Bill. Wenn man den Freihandel nicht als Axiom betrachtet, dann kann man Amerika aus dem Erlaß der Mac Kinley Bill doch keinen Vorwurf machen. Das Schmollen ist im industriellen Leben überhaupt keine richtige Praxis. Jedenfalls wird von Seiten der Regierungen alles getan werden, was möglich ist, um Deutschland recht mächtig erscheinen zu lassen.

Referent: Abg. Singer: In der Kommission gab der Vertreter der verbündeten Regierungen über die Ausstellung in Chicago eine Erklärung ab, die mit der eben gehörten völlig übereinstimmt. Es kam dann noch der Plan einer Weltausstellung in Berlin zur Sprache, und hierzu erklärte der Regierungsvertreter, daß die Regierungen sich vorläufig abwartend verhalten müßten, bis die Industrie selbst die Initiative ergriffen haben werde, und jedenfalls könne eine internationale Ausstellung in Berlin nicht in nächster Zeit vorgenommen werden, sondern es müßten ein paar Jahre zwischen ihr und der Chicagoer Ausstellung liegen. Nach längerer Ventilierung dieser Frage schloß sich die Kommission diesen Ausführungen des Regierungsvertreters an.

Abg. Goldschmidt richtet an die Industrie die dringende Mahnung, sich nicht von Chicago fern zu halten.

Abg. Witte spricht seine Verwunderung darüber aus, daß manche Industrien sich von Chicago fernhalten wollen, von denen man es absolut nicht begreifen könne; so z. B. die Zuckerindustrie, für welche Amerika ein großes Absatzgebiet ist. Unterstaatssekretär v. Rottenburg: Wenn noch Geld erforderlich sein wird, werden wir es beantragen; vorläufig sieht es an einer Grundlage für die Abmessung einer neuen Forderung. Wenn wir uns schmallend von Chicago fern halten, wird Amerika sich von Berlin fern halten.

Abg. Bachem (Z.) bebauert, daß die Seidenindustrie sich von Chicago trotz aller Bemühungen der Regierung zurückhalten will.

Unterstaatssekretär v. Rottenburg: Wir haben der Seidenfabrikanten alle Erleichterung angeboten, aber die Fabrikanten haben die Beteiligung an der Ausstellung a limine abgewiesen.

Abg. Hamacher (natl.): Nicht absichtliches Schmollen liegt vor, sondern man fürchtet, daß man durch die Beteiligung an der Ausstellung den amerikanischen Konkurrenten die Nachahmung der deutschen Produkte erleichtern werde.

Abg. v. Stumm: Bei der Bewilligung der Ausgaben für Chicago ist davon garnicht die Rede gewesen, daß die Industriellen nun alle Ausstellungen besichtigen müssen; das hätte doch dann mindestens ausdrücklich beschlossen werden müssen.

Abg. Schrader: Wenn für eine Ausstellung Geld bewilligt wird, dann ist es Pflicht eines Jeden, der befähigt ist, die Ausstellung zu besichtigen, sich daran zu beteiligen, damit Deutschland recht glänzend vertreten ist.

Der Titel wird bewilligt.

Zur wissenschaftlichen Erforschung und Ausdeutung des römischen Grenzwalls (limes) sind 40 000 Mk. als erste Rate ausgeworfen. Die Budgetkommission beantragt, diese Position zu freieren. Vom Abg. Dechelhäuser ist die Wiederherstellung der Forderung beantragt.

Berichterstatter Abg. Singer: In der Kommission herrscht allseitig die Auffassung, daß es Aufgabe des Reiches sei, dieses Werk zu fördern; ein prinzipieller Widerspruch gegen die Erforschung und Ausdeutung des Grenzwalls war nicht vorhanden.

Abg. Dechelhäuser (natl.) weist darauf hin, daß die berühmtesten Gelehrten, wie Mommsen, sich für die Erforschung des römischen Grenzwalls ausgesprochen haben; der verstorbenen Feldmarschall Graf Moltke hat sich vor mehr als 10 Jahren ebenfalls für diese Frage interessiert. Der ganze Plan der Erforschung ist schon früher einmal aufgestellt worden; die Kosten stellten sich ungefähr auf dieselbe Höhe. Es wurde festgestellt, daß die Einzelstaaten die Sache nicht übernehmen könnten, daß einheitlich vorgegangen werden müsse.

Unterstaatssekretär von Rottenburg bittet ebenfalls, die Forderung zu bewilligen und bestätigt die Ausführungen des Beredners, daß namentlich Graf Moltke die Anregung dazu gegeben und sich außerordentlich für diese Forschungen interessiert habe.

Württembergischer Bevollmächtigter von Moser: Die württembergische Regierung hat sich für diese Erforschung ebenfalls sehr interessiert, da ein Teil des Grenzwalls auf württembergischem Boden liegt. Allein, es hat sich herausgestellt, daß erfolgreich nur vorgegangen werden kann, wenn nach einem einheitlichen Plan gearbeitet wird.

Abg. Frisen (Centr.): Der Budgetkommission ist die Sparjamkeit auf das schärfste empfohlen worden; hier, wo sie einen Abbruch gemacht hat, will das Plenum die Sparjamkeit nicht befolgen.

Abg. Lieber (Centr.): Bei aller Sparjamkeit müssen wir doch zugestehen, daß es um die Finanzen des Reiches nicht so jämmerlich bestellt ist, daß die 40 000 Mark nicht mehr bewilligt werden könnten.

Abg. Birkow: Ich bin nicht für eine frühzeitige Zentralisation; aber die Einzelforschungen sind hier so weit gediehen, sie haben, wie das immer zu sein pflegt, auch sehr

viele befürcht, daß eine einseitige Zusammenfassung notwendig ist.

Abg. von Meyer-Arnswalde: Ich verzichte auf das Wort und beantrage Schluß der Debatte. (Große Heiterkeit.) Der Antrag wird abgelehnt, aber die folgenden Redner: Klemm-Sachsen, Goldschmidt und Fürst Sasfeld verichten auf das Wort.

Nachdem Abg. Oeschhäuser erklärt, daß er die Verdienste des Herrn von Kohausen anerkennt, wird die Forderung von 40 000 Mark gegen eine Minderheit des Centrums angenommen.

Bei den Ausgaben für den Nordostsee-Kanal spricht Abg. Lingens der Regierung den Dank aus für die vortreffliche Seelensorge, welche sie den Kanalarbeitern angedeihen lasse.

Abg. Münch (Hr.): Ich habe m. die Arbeiten am Nordostsee-Kanal selbst angesehen und muß erklären, daß meine Befürchtungen, es würde zu viel zentralisiert, sich als unrichtig herausgestellt haben.

Die Ausgaben für den Nordostsee-Kanal werden bewilligt.

Damit ist der Etat des Reichsamts des Innern bis auf die zurückgestellten Ausgaben für das Reichs-Versicherungsammt erledigt.

Ohne Debatte wird der Etat des Rechnungsoffices genehmigt.

Beim Etat des Reichs-Eisenbahnamts spricht Abg. Schrader seinen Dank dafür aus, daß das Reichs-Eisenbahnamt eine Uebersicht über die Ausnahmetarife für Kohlen gegeben habe.

Präsident des Reichseisenbahnamts Schulz: Es liegt in der Natur der Sache, daß man von der Tätigkeit in der Aufsichtsbüro, welche das Reichseisenbahnamt ist, nicht viel hört, es müßte denn die Absicht vorliegen, für die Tätigkeit Klammern zu machen und das ist nicht unsere Sache. Bezüglich der Betriebsbesichtigung kann ich mitteilen, daß von allen Umständen, von schweren telegrafisch, dem Reichseisenbahnamt Meldung erpart wird; es wird meist eine Kommission zur Berichtserstattung und Prüfung entsendet. Ich kann feststellen, daß die Betriebsbesichtigung nicht abgenommen, sondern in sehr erfreulicher Weise aufgenommen hat. In den ersten 5 Jahren des achtjährigen Zeitraums hat auf 22 Millionen Achskilometer eine Engländerung und auf 25 Millionen Achskilometer ein Zusammenstoß stattgefunden; in den zweiten fünf Jahren dagegen auf 25 bzw. 40 Millionen Achskilometer. In anderen Staaten ist durchw. eine solche Sicherheit des Verkehrs noch nicht erreicht. Die besonders schweren Unfälle der letzten Jahre haben zu eingehenden Untersuchungen Anlaß gegeben.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 18. Januar 1892.

Die Wahrheit und ihre Feinde. Im Religionsunterricht der höheren Lehranstalten nimmt die Apologetik (Glaubensverteidigung) und Dogmatik (Glaubenslehre) nicht gerade den kleinsten Raum für sich in Anspruch. Falls doch der Kampf gegen Ungläube und Vernunftlosigkeit in diese beiden Teufelchen der Religionslehre. Auch meint ja ein gewisser gottbegnadeter Mann der Schule, daß schließlich der Sozialismus nichts anderes, als die durchgeführte Konsequenz der die überflüssige Wissenschaft leugnenden Lehren des Materialismus und Darwinismus sei. Wir wollen diesen letzteren Satz nicht gerade leugnen und stellen es der unglaublichen Bourgeoisie anheim, darüber weiter nachzudenken. Wie aber dieser Kampf „mit geistigen Waffen“ getrieben wird, davon etwas zu erfahren, hatten wir vor kurzem unvermutet Gelegenheit. Wie, wo — das ist die duktions-Geheimnis. — Eröffnet da ein würdiger Dozent der christlichen Religion, welcher — nach seiner Meinung nämlich — die Krone jener gottvergessenen Lehren auf seitliche Weise im Herzen seiner Schüler zu ertönen sucht. Der Beweis dieses würdigen Gelehrten gipfelt vorerst in folgenden Behauptungen: „Darwin sagt und schreibt in seinen Werken, der Mensch stamme vom Schimpansen ab. Dies ist aber weder durch historische Ueberlieferung, noch durch Darwin'sche Züchtungs-Experimente nachgewiesen, also unmöglich. Es ist ferner, nach Darwin, der Mensch eigentlich nur ein Schimpanse. Dem widerspricht aber die Anatomie. Also hat Darwin Unrecht!“ Wir brauchen wol unsern Lesern nicht zu bemerken, daß Darwin weder das eine, noch das andere je behauptet hat. Sodann folgen im Vortrage dieses Herrn noch einige andere ergötzliche Betrachtungen. Ein Unterschied zwischen Mensch und Tier sei zum Beispiel die Sprache als Ausdruck des Verstandes. Als ob es einerseits keine stummen Menschen gäbe und andererseits manche hochentwickelten Tiere (Hunde, Elefanten u. s. w.) nicht den Sinn menschlicher Worte besser wie mancher menschliche Idiot verstehen lernten, andere (Papageien, Raben) sogar, wie Dr. Ruf auf Grund vorurteilsfreier Beobachtungen unläugbar nachgewiesen hat, menschliche Worte erlernen und ganz richtig anwenden können. — Dann folgen die üblichen Betrachtungen über Verstand und Instinkt, welche schon Schopenhauer, der doch weder Darwinist, noch Anhänger der Urstofflehre war, in seiner Ethik (B. W. III, 620, Leipzig, Reclam) für alle Zeiten genügend abgefertigt hat. Darauf führt besagter Lehrer der Jugend in poetischen Ausdrücken seinen Schülern zu Gemüte, daß die Affen nachweislich nicht wie Menschen sterben, sondern wie

Bestien verenden. Aber Brehm und die Direktoren zoologischer Gärten, welche sich mit der Beobachtung der nach Europa gelangten Anthropoiden (Menschenaffen) beschäftigten, wissen aus den Todesstunden dieser, dazu noch sehr jungen Geschöpfe, rührende, fast hätte ich geschrieben, menschliche Züge zu erzählen (s. B. der Tod der Masufa in Dresden, mitgeteilt bei Carus Sterne: Werden und Vergehen; oder s. Brehm: die Menschenaffen). Wie gelehrt mag sich dieses Gehirn dünken, das die Lebensarbeiten hochbedeutender Männer, wie Darwin, Brehm, Ruf, mit einigen Tendenzlügen im Verlauf einer Viertelstunde vernichten zu können glaubt! Und was sind das für befähigte Schüler, welche nach solchen Vorträgen befriedigt ihre Hefte zusammenpacken, und, im Bewußtsein, jetzt die Wahrheit erkannt zu haben, heimwärts trotten! O Du gebenedeilter Klassenstaat! Aber, um die ernstesten Seiten hervorzuheben, welche unverantwortliche Frechheit gehört dazu, sich so über alle Moral hinwegzusetzen und die leicht empfänglichen Gemüter der Jugend mit solchen Fabeln über die Wahrheit hinwegzutäuschen und, mit nichts als Weltverachtung und Hochmut ausgerüstet, als Kämpfer für den heiligen Glauben und die heilige Sittlichkeit in die Welt zu treten. Wir haben weder Lust noch Raum, des Weiteren auf die Lehrvorträge dieses würdigen Geistlichen einzugehen. Wir können diese Dinge unseren Lesern füglich nicht zumuten, auch möchten wir nicht, daß man aus diesen Zeilen Gehässigkeiten gegen die Religion folgere. Das sei fern. Möge jeder sein Pläsirchen nach Herzenslust haben; auf Andern soll er's nicht unlauteeren Mitteln aufdrängen wollen. Wir verweisen die Genossen, welche sich des Weiteren über den Darwinismus informieren wollen, auf Dr. Koelings treffliche Schrift: „Die Darwin'sche Theorie.“

Wir machen am Schluß nur noch die interessante Bemerkung, daß Darwinismus und Sozialismus, außer, daß sie beide wissenschaftlich wahr sind, auch das gemeinsam haben, daß sie von Deuten bekämpft werden, die in Ermangelung eingehender, oder auch nur oberflächlicher, wissenschaftlicher Studien mit den Wahngelüben ihres eigenen Hirns Krieg führen. Ob diese Leute nun Religionslehrer oder Irlehrer sind, uns solls gleich sein, denn nicht gegen persönliche, private Verzensüberzeugungen, sondern gegen die Lügen, die sich vor der Welt im Pflauegewand der Wissenschaft brüsten, mit einem Worte, gegen die Tendenzlügen auf allen Gebieten führen wir den Krieg, den Krieg bis aufs Messer!

Ertranken. Am 17. d. M., Nachmittags gegen 4 Uhr, brach ein etwa 14 Jahre alter Knabe beim Schlittschuhlaufen auf der Ohle, in der Nähe der Bichorienfabrik von Humann und Kirchner bei Wolfswinkel, ein und verschwand sofort unter dem Eise. Einigen aus der Fabrik zur Hilfeleistung herbeigeeilten Arbeitern gelang es nicht mehr, den Knaben zu retten. Derselbe soll der Sohn des auf dem Neumarkt Nr. 33 wohnhaften Fleischermeisters Bunte sein.

Keine Einziehung von silbernen 20-Pfennigstücken. Der „Reichs-Anzeiger“ schreibt: Die neuerdings in der Presse verbreitete Nachricht, daß die Einziehung der silbernen 20-Pfennigstücke beabsichtigt werde oder sogar unmittelbar bevorstehe, entbehrt jeder Begründung.

„Es werde Licht!“ Donnerstag Abend findet im Gasthaus „zu den 3 Tauben“ die konstituierende Versammlung des sozialdemokratischen Klubs der im Buchdruckergerwerbe beschäftigten Arbeiter statt. Bis her haben sich zu demselben 36 Kollegen gemeldet und steht zu erwarten, daß weitere zahlreiche Anmeldungen am Donnerstag stattfinden werden. Wir wollen nur wünschen, daß die Leitung des Klubs sich ihrer zwar schweren, dafür aber auch sehr dankbaren Aufgabe voll und ganz gewachsen zeigt. Heißt es doch, das Licht der Aufklärung in jene Kreise hineinragen, aus deren Reihen uns vor gar nicht langer Zeit noch das Wort entgegenkante: „Wie kann doch ein anständiger Mensch überhaupt Sozialdemokrat sein?“ — Jetzt allerdings hat sich, Dank der rastlosen Agitation der Regierung, die Sachlage bedeutend verändert und als Selbstgespräch der Gegenwart tönt der Ruf: „Jeder anständige Buchdrucker muß Sozialdemokrat werden!“ — Helfe Jeder mit, das Wort zur Wahrheit zu machen, und agitire man namentlich für zahlreichen Besuch der Donnerstags-Versammlung.

Wiedergefunden. Wir meldeten vor kurzem das Verschwinden des Schuhmachermeisters Karl Loske. Derselbe teilt nunmehr mit, daß er wieder in Breslau wohlbehalten angelangt sei, nachdem ihn eine Erkrankung bei Verwandten, denen er einen Besuch abgestattet, länger als er beabsichtigt zurückgehalten hatte.

Bekanntmachung wegen des öffentlichen Ausstellens der Leichen bei Beerdigungen. Das königliche Polizei-

präsidium bringt nachfolgende Verordnung vom 22sten März 1891 in Erinnerung: Betsits durch die Verordnung vom 18. September 1787 ist das öffentliche Ausstellen der Leichen der an den Blattern und anderen contagiosen Krankheiten verstorbenen Personen, welches gewöhnlich vor ihrer Beerdigung, nicht nur in dem Sterbehause, sondern auch in der Kirche vor dem Altar stattfand, streng verboten, und den Totengräbern zur Pflicht gemacht worden, die Gräber für solche Leichen noch einmal so tief als für andere Leichen zu machen, die Fugen der Särge aber durch die Tischler sorgfältig verpichen zu lassen. Unter dem 24. November 1801 und 8. Juli 1802 wurde sodann diese gesetzliche Vorsicht dahin ausgedehnt, daß ferner das öffentliche Ausstellen aller und jeder Leichen, die Defnung der Särge bei den Begräbnis-Beerdigungen, und das Singen der Schullieder bei offenen Särgen, als ein der Gesundheit höchst nachteiliger Gebrauch, allgemein verboten sein sollte. Durch ein späteres Direktorial-Reskript vom 18. Januar 1803 wurde die Uebertretung dieses Verbots, da solche zu den geringeren Polizei-Vergehen gehört, mit einer Geldbuße von 5 Rthl. oder acht-tägiger Gefängnisstrafe belegt. Aus den Berichten mehrerer Pöhlner hat die Regierung mißfällig entnommen, daß diese wichtigen sanitätspolizeilichen Verordnungen in verschiedenen Gegenden, besonders in Landgemeinden wenig oder gar nicht beachtet werden, und findet sich dadurch veranlaßt, nicht allein solche hierdurch ernstlich in Erinnerung zu bringen, sondern auch sämtlichen landrätlichen Beamten, städtischen Polizeibehörden und Dorfgerichten, aufzugeben, auf deren Befolgung zu halten. Insbesondere wird auch der Geistlichkeit beider Konfessionen zur Pflicht gemacht, ihre Gemeinden über die Notwendigkeit jener das Gemeinwohl betreffenden Maßregeln zu belehren, und nicht durch Nachgiebigkeit oder Fahrlässigkeit zu Konventionen Gelegenheit zu geben.

Des Kindes Zeugengebühren. In einer Verhandlung, die vor der III. Strafkammer des hiesigen Landgerichts stattfand und einer Verurteilung in einem Injurienprozeß galt, trat auch ein Kind, ein allerliebstes, 9 Jahre altes Mädchen, als Zeuge auf. Das Kind war schon in erster Instanz, vor dem Schöffengerichte, vernommen worden und hatte die Behauptungen der Klage bestätigt, also zu Gunsten der Klägerin ausgesagt. Der Vertreter der Beklagten zweifelte die Glaubwürdigkeit des Kindes an und warf dabei die Frage auf: „Sag' mal, liebe Kleine, hast Du nicht von der Frau hier, der Klägerin, das vorige Mal für Deine Auslage Schokolade und Zuckerzeug bekommen?“ Die Kleine bejahte. „Ich will das aufklären,“ fiel da der Vertreter der Klägerin ein. „Nach der vorigen Verhandlung war die Kleine zugegen, als die übrigen Zeugen die ihnen zustehenden Verhöre an der Gerichtstafel er-yobten. „Aber die Leute hier, die bekommen alle für ihre Aussage Geld, warum bekomme ich denn nichts?“ hob die Kleine in weinerlichem Tone zu der Klägerin an, die mit den Zeugen zugegen war. „Gut, Du sollst auch was bekommen!“ erwiderte die Klägerin und kaufte der Kleinen, um sie zu trösten, eine Dose mit Bonbons. Das ist die ganze Geschichte. Die Kleine wollte auch Zeugengebühren haben und man gab ihr diese Gebühren in Gestalt von Bonbons. Etwas harmloseres läßt sich nicht denken. Von einer Bestrafung der Kleinen kann nicht die Rede sein.“ Die Aufklärung wurde mit Heiterkeit entgegengenommen und alle Parteien gaben sich damit zufrieden.

Zur Selbsteinschätzung. Bei dem Herannahen des Endtermins für die Abgabe der Steuererklärungen, d. i. der 20. Januar, sei darauf hingewiesen, daß nicht allein jeder, der bisher mit einem Einkommen von mehr als 3000 Mk. zur Steuer (früher klassifizierte Einkommensteuer) veranlagt war, zur Abgabe derselben ohne weiteres verpflichtet ist, ohne Rücksicht darauf, ob dieser Steuerpflichtige die Aufforderung von dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission erhalten hat oder nicht, sondern daß auch jeder andere, mag derselbe gar nicht oder unter 3000 Mk. Einkommen zur Zeit besteuert sein, hierzu unbedingt verpflichtet ist, sobald er eine besondere Aufforderung hierzu erhalten hat. Irrtümlicher Weise gehen viele von der Ansicht aus, daß sie überhaupt nicht zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet sind, sobald sie ein Einkommen von weniger als 3000 Mk. haben, und daß sie dementsprechend auch eine Aufforderung hierzu nicht zu beachten brauchen. Ferner sei noch hervorgehoben, daß diejenigen zur Steuererklärung Verpflichteten, die die Abgabe ihrer Steuererklärung versäumen, das Recht zur Einlegung der Berufung gegen ihre Veranlagung verlieren.

Von der Ober. Wenn bei anhaltender Kälte die auf der Oder noch vorhandenen offenen Stellen zu frieren, das Eis sich oberhalb des Strauchwehres ver-

oft und sich dort eine Eisbedeckung bildet, so ist der Pächter der Ober-Isbahn willens, eine Bahn nach Jobitz, Oberkloßchen und Wilhelmshafen herzustellen.
Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 16. und 17. d. M. 93 Personen eingeliefert.
 Gestohlene: wurden: Einem Schmiedegesellen auf der Dingsstraße eine silberne Zylinderuhr; einer Dame auf der Klosterstraße zwei weiße Seiddecken; einem Kutscher auf der Kaiser Wilhelmstraße ein blauer Leberzieher; einem Silberarbeiter auf der Fischergasse 2 Duzend silberne Gabeln und mehrere silberne Löffel.
 Abhanden kamen: Einer Bäckerin auf der Gröbchenstraße ein Portemonnaie mit 20 Mk.; einem Droschenbesitzer auf der Fürstenstraße eine blaue Pferdebedeckung; einer Kaufmannsfrau auf der Alexanderstraße ein Eiseneinkreuz; einem Baumeister auf der Bismarckstraße eine schwarze Reisebedeckung. — Gefunden wurden: 15 Mk. und ein Muff.

Preise für Weizen vom 16. Januar per 100 Kilogr.

	gute		mittlere		geringe Waare	
	höchst	niedr.	höchst	niedr.	höchst	niedr.
Weizen, weißer . . .	23,80	23,70	21,70	21,20	19,80	18,80
Weizen, gelber . . .	23,70	22,40	21,70	21,20	19,80	18,80
Roggen	23,30	22,90	22,20	21,90	20,90	20,70
Gerste	18,—	17,30	16,30	15,80	14,50	14,50
Halter	15,40	14,90	14,60	14,10	13,60	13,10
Erbsen	21,—	20,80	19,50	19,—	18,—	17,—

Hau (neues) 2,50—3,— Mk. pro 50 Kilogramm.
 Roggenstroh 25,00—30,00 Mk. pro 600 Kilogramm.

Gründliches.

Breslau. Verteidigung durch die Presse.
 Am 19. April v. J. erschien in der „Volkswacht“ ein Artikel, in welchem das Verhalten bei der Verteilung von Spenden an notleidende Bewohner der Waldenburger Gegend getadelt wurde. Es wurde dabei bemerkt, die Verteilenden gebeten zu sein, als ob sie selbst die Gelder wären, und erwarteten bei den arbeitenden Klassen statt des Gespöhs der Dankbarkeit das des Neides und Misstrauens. Wegen dieser und ähnlicher Worte hatte ein Amtsrichter Strafantrag gegen den Redakteur Wendlandt gestellt. Das Landgericht Breslau verurteilte Wendlandt am 19. Oktober v. J. wegen Beleidigung zu 6 Wochen Gefängnis und zog als strafschärfend die vererbte Strafung in Betracht, welche die unehrenhaften Behauptungen wegen ihrer Schwere und Gefährlichkeit auf die Ehre des Blattes ausübten könnten. Daß der Angeklagte berechnete Interessen wahrgenommen habe, wurde vom Gericht als nicht erwiesen angesehen, weil nach der Annahme des letzteren der Angeklagte durch den in dem Artikel enthaltenen Vorwurf der Parteilichkeit und Willkür nur Unzufriedenheit und Begehrlichkeit habe erregen und durch Erweckung niedriger Leidenschaften die betreffende Angelegenheit agitatorischen Zwecken dienlich machen wollen. — Die Revision des Angeklagten gegen dieses Urteil, welches dieser Tage vor dem 1. Strafsenat des Reichsgerichts zur Verhandlung kam, rügte die Nichtanwendung des § 193, der von den berechtigten Interessen handelt. Die Revision suchte die Berechtigung des Angeklagten zur Wahrnehmung der Interessen der Notleidenden daraus abzuleiten, daß die denselben zugesprochenen Gaben von der Öffentlichkeit herrühren. — Der Reichsanwalt Drepsin plaidierte auf Verwertung der Revision, daß die Strafkammer ohne Rechtsirrtum den § 193 für ausgeschlossen erachtet habe, und zwar aus verschiedenen Gründen. Aber auch wenn dem Angeklagten an sich zugestanden worden wäre, so führte der Reichsanwalt aus, daß er berechnete Interessen wahrgenommen habe, so würde ihn dies nicht strafflos gemacht haben, da die Beleidigungsabsicht aus der Form des Artikels hervorgehe, wie besonders feststeht. — Das Reichsgericht schloß sich dieser Auffassung an und verwurft deshalb die Revision.

Schlesien.

Hirschberg. Die Hochburg des Freisinn ist im Falle begriffen, denn derselbe hatte bei den Stadtverordnetenwahlen die liebe Not, einen Kämpfer dieser Partei — den Kaufmann Semper — durchzubringen. In der 3. und 4. Abteilung fiel er durch, darauf wurde er in der 1. Abteilung aufgestellt und hier kam er mit knapper Not zum Siege. Bei der Handelskammerwahl erlag ebenfalls der „Freisinn“. Auf welche Weise diese Partei sich bei den Arbeitern diskreditiert, beweist folgendes Gedicht im sogenannten „freisinnigen“ Bote:

Unter allen Leitern
 Ist kein,
 Bei allen Blättern
 Findest Du
 Jetzt Streikerei!
 Der Leser macht keinen Hummel,
 Bist' nur, der Hummel.
 Ist bald vorbei!

Schlau und niederträchtig kann der ernstliche Gegner der Arbeiter auch nicht handeln, und so ein Blatt in freisinnig, das solche Gedichte bringt. Ist es denn ein Wunder, wenn der Arbeiter dem Freisinn den Rücken kehrt? Sogar Mädchen werden als Seherinnen beschäftigt, weil man die Gerüchte der Arbeiter nicht bemilligen will, damit nur nicht zu wenig

Dividende für die „armen“ Aktionäre und Prozente für die angestellten Beamten abfällt. Wenn wieder einmal der „rote“ Benjamin in andere Kreise agitieren gehen sollte, so dürfte ihm wol gehörig heimgeluchtet werden.

Katibor. Wegen Freiheitsberaubung bezw. Beihilfe hierzu hatten sich vor der Strafkammer der Schaffer Johann Kellner, der Ruhwärter Theodor Jonderko, der Knecht Jakob Staminoga, die Magd Marie Wolani und die Wirtschaftlerin Marie Puscher, sämtlich aus Florianshof, Kreis Rybnitz, zu verantworten. Der Knecht Johann Kuska, welcher auf dem dem Oberamtmann Kollewe gehörigen Vorwerk Florianshof in Diensten stand und auch auf diesem Vorwerk mit seiner Ehefrau eine Wohnung hatte, wollte im Sommer vorigen Jahres wegen schlechter Behandlung seitens seines Dienstherrn Florianshof verlassen. Diese Absicht des Knechtes wurde mit Rücksicht auf den Arbeitermangel auf dem Lande im Sommer von der Dienstherrschaft dadurch vereitelt, daß dem Knechte nicht gestattet wurde, seine Habe aus der Wohnung fortzuschaffen. Der Knecht versuchte doch in der Nacht zum 12. August v. J. während der Abwesenheit des Vorwerkes zu entfliehen, mit Hilfe seiner Ehefrau heimlicher Weise die Wohnung zu räumen. Der Schaffer Kellner jedoch, welcher Kenntnis hiervon erhielt und befürchtete, daß sein Dienstherr ungehalten über den Fortzug des Kuska sein würde, verhinderte das Räumen dadurch, daß er den Knecht mit Hilfe der anderen drei Angeklagten über Nacht in den Milch Keller einschloß, aus welchem Kuska nicht entweichen konnte, weil der Ausgang ins Freie durch zwei Türen verschlossen worden und das Fenster des Kellers mit Eisenstäben versehen war. Am anderen Morgen fand die Magd Wolani den Kuska tot an der Kellertür hängend vor. Der Bedauernswerte hatte sich die Gasse zu Herzen genommen und sich mittelst seines Leibriemens erhängt. Die ersten vier Angeklagten wurden der Freiheitsberaubung, die fünfte Angeklagte, Wirtschaftlerin Puscher, welche den Schlüssel zum Öffnen des Kellers hergegeben hatte, der Beihilfe hierzu für schuldig befunden und der Schaffer Kellner zu 2 Monaten, der Ruhwärter Jonderko zu 1 Monat, der Knecht Staminoga zu 3 Monaten, die Magd Wolani zu 1 Monat, endlich die Wirtschaftlerin Puscher zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt.

— Wegen Kupperei wurden von der Strafkammer der Hausbesitzer und Maurerpolier Karl Vesper aus Leobschütz und dessen Ehegattin Beate zu einer Gefängnisstrafe von je 2 Monaten verurteilt.

Waldenburg. Neuerdings ist es wiederholt vorgekommen, daß Arbeiter ihre Unfallansprüche nicht innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Zeit von 2 Jahren geltend machen. Nach dieser Zeit hat der Arbeiter sein Recht verloren und die Unfallgenossenschaften sind dann in die Lage versetzt, was sie so gern tun, von dem Rechte der Verjährung Gebrauch zu machen. Es liegt dem Einkünder dieser Korrespondenz ein Erkenntnis der Knappschußberufsgenossenschaft vor, worin dieselbe sich auch auf die Verjährung beruft. Aber ohne Mittel sein Recht nicht verfolgen kann, mag sich dem Allgemeinen beizugehörigen Bergarbeiterverbände (Vertreter: Bergbäuer Reichel in Altmühl, anstehende, welcher den Waldenburger Rechtschutz gewährt. Auch erteilt unentgeltlich Rat Sigarrentmager Höhnitz, Hirschberg, Köhnerstr. 6, partiere, Hirschberg.

Hirschberg. Das in Landeshut wegen verübten Giftmordes in Haft genommene Mädchen ist die 17jährige Tochter eines in Berlin verstorbenen Arztes. Das Mädchen hat eine gute Erziehung genossen, und beim Kaufmann Schifffart hatte sie eine gute Stellung. Ihre Mutter ist geisteskrank und seit 7 Jahren in einer Irrenanstalt untergebracht. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß sie von der Krankheit der Mutter etwas auf das Kind vererbt hat. Unterstellt wird diese Annahme nach dem, daß sie keinerlei Hinweise vorliegen, welche das Mädchen auf den unglücklichen Gedanken hinarbeit bringen könnten. — Graf Simburg-Strum, von dem jetzt in den Zeitungen soviel geschrieben wird, welche dieser Tage in Hirschberg, wo er von der Strapazen einer Hörnerhüttenpartei, die er von der Peterbande aus unternommen hat, austritt.

Hirschberg. Das Schwurgericht verurteilte heute die Arbeiterfrau Baubine Schmidt aus Niemenhof, welche zwei Knaben auf der freien Straße jedes Mark abgenommen hatte, um sich und ihren darben Kindern Nahrungsmittel zu kaufen, zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis.

Glatz. 14. Januar. Majestätsbeleidigung. Gegenläufig einer katholischen Arbeiterversammlung in Neurode wurde auch ein Hoch auf den Kaiser ausgesprochen, und trotz wiederholter Aufforderung, aufzustehen, blieb dabei der Steinbrucharbeiter Franz Hanning aus Bentzengrund auf seinem Stuhle sitzen. Aus diesem Grunde wurde Hanning von dem hiesigen Landgerichte wegen Majestätsbeleidigung zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Neustadt. Am vorigen Sonntag Abends 6 Uhr, fand die Ringvereinsversammlung des Loh- und Disziplinirungsvereins statt. In derselben waren sehr viele Nichtmitglieder als Gäste erschienen. Tagesordnung war: 1. Disziplinirung über den Wert der sozialistischen Arbeitervereine und darüber die Genossen Schöbel, Ruffer und Höhnitz. 2. Bericht des Vorsitzenden. Bei diesem Punkte ergriff Genosse Lind das Wort und schilderte das Bild der Arbeiter und die Ursachen desselben und führte als einigens Mittel eine gemeinsame Organisation vor, welche, auf das Sozialistengefühl

gestützt, am besten die Zustände, welche beinahe größtenteils zu nennen sind, beseitigen könne. Genosse Schöbel liest den Gegenstand zum Ende; er schilderte den Komfort der Reichen und sprach sich ebenfalls, um der Ausbeutungslust entgegenzutreten, für eine vom Vorredner geschilderte Organisation aus. Im Fragelasten befanden sich sechs recht interessante Fragen, welche zu einer heftigen Debatte Anlaß gaben, an welcher sich die meisten Genossen beteiligten. Zum Schluß wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen: Die heute hier stattfindende Versammlung des Lesers und Disziplinirungsvereins protestiert gegen den Zwang, daß bei Abonnement die Pflicht erwächst, die „Neue Welt“ mit der „Volkswacht“ zu beziehen. Sie ersucht die Preßkommission, die „Volkswacht“ zu den alten Bedingungen zu liefern, die „Neue Welt“ dagegen nur auf Bestellung zu verabsorgen.“ **Roter Weber.**

Bereits in Nr. 12 der „Volkswacht“ fühlte sich die Redaktion veranlaßt, dem Mißverständnis entgegenzutreten, als sei die Erhöhung des Abonnementspreises ohne zwingende Gründe geschehen. Die hienigste Erklärung in der heutigen Nummer läßt übrigens ebenfalls an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Auch ohne „Neue Welt“ muß der Abonnementspreis der Zeitschrift bleiben, wenn die Tagesgabe weiterbestehen soll. Und das Geschehen derselben wird wol im Ernste kein wahrer Parteigenosse veranlassen wollen! Die Preßkommission hat aber auch dafür Sorge getragen, daß noch in dieser Woche mit dem Abdruck eigener Originalarbeiten begonnen wird. Wir werden dann in der Lage sein, die Verhandlungen ebenso schnell zu bringen, wie das größte bürgerliche Blatt mit eigenem Depeschendienst. Das sind, wie wir glauben, denn doch Begünstigungen, welche in den Augen aller Billigdenkenden die geringfügige Erhöhung rechtfertigen. Wollte man daher für die mögliche Weiterverbreitung der „Volkswacht“ überall Sorge tragen.

Die Redaktion.

Sprottan. Hier und in der Umgegend zirkulieren mehrfach falsche Zweimarkstücke. Sie sind vorzüglich gearbeitet, lassen sich daher sehr schwer als Fälschungen erkennen. Nur ihr Gewicht, das um etwa 3 Gramm geringer ist als das der echten Stücke, bietet einen Anhalt. Alle tragen das Münzzeichen A und die Jahreszahl 1876 oder 1877. — An anderen Orten sind schon seit längerer Zeit falsche Einmarkstücke in größeren Mengen im Umlaufe. Eine amtliche Untersuchung derselben hat ergeben, daß sie ihrem Hauptbestandteile nach aus Zinn bestehen und nur mittelst galvanischen Niederschlags versilbert sind. Sie haben einen hellen Klang und ein Hindergewicht von 1,5 Gramm. Da sie vorzüglich gearbeitet sind, lassen sie sich nur schwer als Fälschungen erkennen. Sie tragen sämtlich das Münzzeichen B und die Jahreszahlen 1881 und 1886. Das sicherste Merkmal ist ihr geringes Gewicht, da sie nur viereinhalf Gramm, die echten Markstücke dagegen 6 Gramm schwer sind, was sich schon beim vorsichtigen Abwiegen in der rechten Hand deutlich wahrnehmen läßt. Uebrigens zeigt jedes falsche Stück eine kleine, etwas über 10 Millimeter große Unregelmäßigkeit an dem gerigten Rande, im Gegensatz zu den echten Markstücken, der Rifen sämtlich völlig gleich sind und in regelmäßigen Abständen von einander sich befinden. — „Hänfeln Notizblatt“ führt noch folgende neuere Fälschungen auf: Falsche Ein-Zweimarkstücke preussischen Gepräges, Münzzeichen C bezw. B, Jahreszahl 1867 bezw. 1860, sowie Münzzeichen A, 1871 mit dem Bilde Kaiser Wilhelm's I.; 10 Pfennigstücke aus Blei mit dumpfem Klang; falsche Zinskoupons der Rentenbanken der Provinzen Sachsen, Hannover, Ost- und Westpreußen.

Doppeln. Eine merkwürdige Geschichte wird hier kolportiert. In einer hiesigen Anstalt starb kürzlich das Kind einer Wöchnerin. Ein Sarg wurde besorgt und, nachdem derselbe geschlossen, von einem Bediensteten nach dem Kirchhofe getragen und hier beigegeben. Tags darauf starb eine andere Wöchnerin und sammt ihrem Kinde und wurde mit demselben in einen offenen Sarg gebettet. Da findet man — zu allgemeiner Bewunderung — auch noch die andere Kindesleiche, die man bereits beigegeben wähnte, in der Totenkammer vor. Man hatte also den leeren Sarg begraben. Nun legte man auch dieses zweite Kind in den Sarg der Wöchnerin und bestattete alle 3 Leichen, die große und die beide kleinen zusammen. Die Geschichte klingt so wunderbar, daß wir deren Richtigkeit vorläufig bezweifeln möchten.

Peterwitz. Im Laufe voriger Woche hielt der Oberlehrer M. in der Schule einen Vortrag, aus welchem ich einige Punkte in Kürze wiederbringe. Voriges Jahr hatten die Sozialdemokraten in Jägerndorf ein Fest, wo hauptsächlich gut gegessen und getrunken wurde, und dieses Jahr kommen sie nach Peterwitz. Wäre es nicht angezeigter, Herr Oberlehrer, Ihre Kinder über etwas anderes aufzuklären, da die Bildung der Schüler noch eine mangelhafte ist? Was das Fest der Sozialdemokraten anbelangt, so kann ich Ihnen erwidern, daß sie bloß Feste abhalten, um sich gegenseitig Freundschaft und Anerkennung zu teil werden zu lassen; natürlich nicht auf Kosten der Arbeiter, wie es in den besser kultivierten streifen Mode und Gebrauch ist. Also immer lustig zu, Herr Oberlehrer, schimpfen sie fest auf die Sozialdemokraten, denn um die Prinzipien dieser Partei zu studieren, muß die Masse überhaupt erst aufmerksam gemacht werden.
 Ein Schüler.

Posen.

Posen, 16. Januar. Schwurgericht. Der Arbeiter Johann Gottlieb Hoffmann aus Posen war in der Sitzung des hiesigen Schwurgerichts vom 2. und 3. Juli v. J. wegen eines, an dem Knaben Arthur Berner im Glacis vor dem Wildtore hier begangenen Aufmordes zum Tode verurteilt worden. Das Reichsgericht hob diese Entscheidung aus formalen Gründen auf und verwies die Sache in die erste Instanz zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung zurück. — Gestern und heute fand diese Verhandlung unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Jeder, der in die Verhandlung kam, wurde, wie man berichtet, der Angeklagte

des Morbes für schuldig erklärt, deshalb zum Tode und mit Rücksicht auf die Ruchlosigkeit seiner Tat auch zum dauernden Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.

Kawitsch. Den Kampf gegen die bösen Sozialdemokraten aufzunehmen, hat sich auch ein hiesiger Gastwirt zur Aufgabe gestellt. Derselbe steht gern zu Diensten, besonders Nachts, wenn sämtliche Lokalkassen geschlossen sind, findet der nächtliche Wanderer (wenn er auch schon einen Rausch weg hat) gute Aufnahme; natürlich muß auch „Etwas“ sitzen bleiben, sonst ist der Wirt nicht gut zu sprechen, und schon oft bemerkte man unliebsame Ausstritte, in welchen Gäste und Wirt sich nicht recht einig waren über die Bezahlung der Pech. Das Urteil, wer die Schuld hieran trug, überlassen wir den Lesern und den Besuchern des Lokals. Ist dem Gast sein Geld ausgegangen und der Wirt bekommt eine Uhr oder dergleichen, dann wird weiter eingeschickt; nur dürfen die Gäste nicht merken lassen, daß sie Sozialdemokraten sind, denn der Wirt ist kein Guter und kennt genau die Zwecke und Ziele. Das mögen recht sonderbare Gedanken sein; manches 8jährige Kind eines Arbeiters wählte vielleicht mehr zu erzählen; dann wird kurzer Prozeß gemacht und ohne große Umstände wird dieser schreckliche Sozialdemokrat hinausbefördert, in der guten Hoffnung, wieder eine rettende Tat vollbracht zu haben. Solche Kämpfer können uns nicht schaden. Derselbe Wirt war es auch, welcher bei der Reichstagswahl 1890 die an sein Haus angeklebten Auftrufe für den Arbeiterkandidaten, als er dies Verbrechen bemerkte, schleunigst von seinem Haushälter, nachdem derselbe bei einem Beamten um Auskunft resp. die Erlaubnis zum Abfragen derselben eingeholt, sofort entfernen ließ, trotzdem die betreffenden Hauswände zu derartigen Zwecken immer unbeanstandet benutzt werden, denn die Stadt hat keine Anschlagtafeln. — Nun bleibt uns noch ein Rätsel: Ob der betreffende Wirt Nachtlongeßion hat oder nicht, denn die Nachfragen ergaben eine verneinende Antwort. (Möglich, er hat durch die Bekämpfung der Sozialdemokraten dieselbe später erhalten). Es ist nichts Seltenes, daß die Lokale, in denen die „Volkswacht“ ausliegt, von Beamten der Polizeistunde wegen kontrolliert werden; dagegen obiges Lokal, vielleicht weil dasselbe am Markte, also vor den Augen aller Aufsichtsbearbeiter liegt, scheint solche Kontrolle nicht zu kennen, trotzdem man schon Beamte darauf aufmerksam machte. — Pflicht eines jeden Genossen ist es daher, den betreffenden Wirt mit seinem Gelde nicht mehr zu belästigen und nur in solchen Lokalen sein Geld zu verkehren, in denen die „Volkswacht“ ausliegt. Dort werden wir jederzeit freundliche Aufnahme finden. — Kürzlich wurde der Gastwirt, Herr Zelastie (bei welchem auch die „Volkswacht“ ausliegt, staatlich boykottiert, denn es wurde dem Militär verboten, das Lokal zu besuchen. Ob man den Wirt auch mit der Steuer herabsagen wird? Noter Wächter.

Erklärung.

Im Auftrag der Konfordia-Versammlung vom 9. d. M. war ich in einer Preßkommissionsitzung vorstellig über den Abonnementspreis der „Volkswacht“. Ich verweise hierbei auf die, schon dies Thema behandelnde Erklärung in Nr. 12 der „Volkswacht“ unter „Breslauer Nachrichten“.

Die ungünstige finanzielle Lage, welche durch den Bericht der Preßkommission auf dem Parteitage klar gelegt wurde, machte es zur unbedingten Notwendigkeit, daß der Abonnementspreis erhöht wurde; die Beilage, die „Neue Welt“ ist auf den Preis ohne wesentlichen Einfluß. Ihre günstigen Anschaffungsbedingungen machten es nur möglich, daß der Notwendigkeit der Preiserhöhung des Abonnements gegenüber eine Gegenleistung gemacht werden konnte.

Die Verhältnisse zwingen eben auch hier, daß auf die Opferwilligkeit der Anhänger unserer Sache gerechnet werden mußte, oder das tägliche Erscheinen der „Volkswacht“ muß eingestellt werden.

Da durch das letztere die Herausgeberchaft nicht glaubte, im Sinne der Parteigenossen zu handeln, fühlte sie sich bezogen, die schon so oft und großartig bewährte Opferwilligkeit der Breslauer Sozialdemokraten auch hier im Interesse der eigenen Sache jedes Anhängers anzunehmen. Indem ich mich hiermit meiner Aufgabe erledigt, glaube ich nicht erst noch nötig zu haben, für das weitere treue Festhalten an unserem Preßunternehmen Propaganda machen zu müssen. Paul Hennig.

Singefandt.

Die „Schlesische Volkszeitung“ fühlte sich durch unsere Notiz in der Nr. 11 vom 14. d. Mts. genötigt, folgende Erwiderung zu bringen:

„bt (St. Vinzenz-Haus.) Die hiesige „Volkswacht“ schildert in ihrer Nummer 11 v. 14. d. M. die angeblich „netten Zustände“ des St. Vinzenzhauses in einer Weise, welche der Wahrheit wenig entspricht. Die früheren Damen-Klosets für den kleinen Saal hatten auf polizeiliche Anordnung gemäß der Polizei-Verordnung betreffend öffentliche Versammlungsräume vom 30. November 1889, weil sie die Sicherheit der Besucher des Saales in Frage stellten und den Ausgang verengten, trotz wiederholter Gegenvertretung des Verwaltungsrates des Hauses abgebrochen werden müssen. — Wiederholte Beratungen und Augenschein-Einnahmen (!) unter Zuziehung namhafter Bauverständigen hatten zu keinem Ziele geführt, um in allseitig befriedigender Weise dauernd abzuhelfen; wie es eben möglich war, ist eine neue Damen-Kloset-Anlage für den kleinen Saal neuerlich vollendet worden. Der Berichterstatter der „Volkswacht“ hätte sich hiervon leicht überzeugen können, ohne erst das Einschreiten der Polizeibehörde öffentlich anzurufen. Auch vor dieser Vollendung der neuen Anlage übrigens waren, ohne daß man über die Straße ging, die Damen-Klosets des großen Saales von dem kleinen Saale aus für die Damen leicht erreichbar, und hatte die Verwaltung an die Zumutung, andere Klosets zu benutzen, niemals gedacht. Obenein hatte die Frau Kastellanin die sorgfältigsten Vorkehrungen getroffen, um jeder Verlegenheit und Unzuträglichkeit vorzubeugen. Näher auf die unliebsame Sache und die sonstigen Unrichtigkeiten einzugehen, verbietet uns die Rücksicht auf unsere verehrten Leserinnen. Ueber den angeblichen Vorgang von vorigem Sonntag und die Unhöflichkeit eines Herrn haben wir sorgfältigster Erkundigung ungeachtet eine Aufklärung zu erlangen nicht vermocht.“

Daß die beteiligten Kreise des St. Vinzenzhauses durch die besagte Notiz der „Volkswacht“ in eine arge Klemme geraten sind, war sehr leicht vorauszusehen. Die „Volkswacht“ behauptet Eingang ihres Artikels, „diese Schilderung der angeblichen „netten Zustände“ entsprechen wenig der Wahrheit“. Es soll derselben aber sofort bemerkt werden, daß diese geschilderten Zustände vollständig auf Wahrheit beruhen, und es der einzig richtige Weg war, „öffentlich“ die Polizeibehörde zur Beseitigung dieser „netten Zustände“ zu ersuchen. Zunächst sei anerkannt, daß die Polizeibehörde alsbald diese „netten Zustände“ untersucht hat, und jedenfalls wohl auch die Beseitigung derselben angeordnet haben wird. Nun zur Sache: Die „Schlesische Volkszeitung“ gesteht ja selbst zu, daß diese Mißstände bestehen, denn sie schreibt im nächstfolgenden Satz, nachdem sie vorher die Schilderung der „Volkswacht“ als unwahr erklärt hat, wörtlich: „Die früheren Damen-Klosets für den kleinen Saal hatten auf polizeiliche Anordnung gemäß der Polizei-Verordnung betreffend öffentliche Versammlungsräume vom 30. November 1889, weil sie die Sicherheit der Besucher des Saales in Frage stellten und den Ausgang verengten, trotz wiederholter Gegenvertretung des Verwaltungsrates des Hauses abgebrochen werden müssen. Wiederholte Beratungen und Augenschein-Einnahmen unter Zuziehung namhafter Bauverständigen hatten zu keinem Ziele geführt, um in allseitig befriedigender Weise dauernd abzuhelfen.“ Diese baulichen Mißstände wurden von den das St. Vinzenzhaus, speziell den kleinen Saal benützenden Gesellschaften und auch den Einwohnern desselben drückend empfunden. Die „Schlesische Volkszeitung“ schreibt in ihrem Artikel weiter: wie es eben möglich war, ist eine neue Damen-Kloset-Anlage für den kleinen Saal neuerlich vollendet worden. Der Berichterstatter der „Volkswacht“ hätte sich hiervon leicht überzeugen können, ohne erst das Einschreiten der Polizeibehörde öffentlich anzurufen. Daß diese neue Damen-Kloset-Anlage neuerlich vollendet worden ist, ist einfach eine Lüge! Der „Berichterstatter“ der „Volkswacht“ ist hiervon ganz genau überzeugt und unterrichtet und weiß infolgedessen auch genau, daß diese erwähnte Anlage noch nicht vollendet ist. Wahrscheinlich infolge der erwähnten Notiz der „Volkswacht“ ist erst am Freitag, den 16. d. Mts., in einem erst am 8. d. Mts. begonnenen Bau eines Damen-Klosets vorläufig nur ein Notstuhl aufgestellt worden, trotzdem der Bau dieses Damen-Klosets noch lange nicht beendet ist. Die Damen-Klosets des großen Saales sind vom kleinen Saale aus für die Damen nur dann leicht erreichbar, wenn mal zufällig im großen Saale keine Feuersicherheit oder Versammlung stattfindet, denn sonst ist der Durchgang zu diesen Klosets stets versperrt, und dies war auch an dem betreffenden Sonntage der Fall, wo im großen Saale angeblich der „General-Anzeiger“

eine Feier zu seiner 52 000fachen Auflage beging. Die Frau Kastellanin hatte allerdings insofern die nötigen Vorkehrungen getroffen, als sie in der Nähe des noch lange nicht vollendeten Damen-Klosets (an der Treppe, die herunter zur Küche führt), einige Porzellangeschirre aufstellte, die notwendigerweise von einzelnen Damen gebraucht werden mußten und bei dieser Gelegenheit manchmal von zufällig vorübergehenden Herren überfallen wurden. Hätte die „Schlesische Volkszeitung“ nur etwas ernstlich über die von der „Volkswacht“ geschilderten Vorgänge vom Sonntag, den 10. d. Mts., Erkundigungen eingelegt, so hätte sie alsdann auch bestimmt eine Aufklärung zu erlangen vermocht. Es soll der „Schlesischen Volkszeitung“ nur etwas verraten werden: Es herrscht im St. Vinzenzhaus allseitig eine große Befriedigung darüber, daß diese Mißstände unter der Öffentlichkeit bekannt gegeben wurden, denn es war, um kurz zu sagen, einfach „nicht mehr schön“. Sollte nach alledem die „Schles. Volkszeitung“ noch an der Wahrheit des oben Angeführten zweifeln, dann können derselben noch bessere Wahrheitsbeweise beigebracht werden, doch ich glaube, sie hat genug. Thudichum.

Ständesamtliche Nachrichten.

Vom 18. Januar.

Vertrags-Ankündigungen. H. Kaufmann Moritz Fritsch, kath., Klosterstr. 25/26, und Maria Schneider, kath., zu Reisse. — Stadtkoch Oskar Strihle, kath., Paradiesstraße 17, und Bertha Bell, evang., Lauenburgerstraße 26a. — Arbeiter Wilhelm Wenzelschäfer, evang., Sadowastraße 45, und August Hoppe, evang., Freiburgerstraße 9. — III. Wästhums-Hauptassistenten Ludwig Kammler, kath., Scheitnigerstraße 3, und Bertha Binte, kath., Hirschstraße 66. — Maurer Heinrich Kaiser, evang., Große Dreilindengasse 5, und Maria Kockale, geb. Zimmermann, kath., ebenda. — Tischler Paul Wandel, kath., Hirschstraße 86, und Martha Klink, evang., ebenda. — Steinseger Karl Kofollet, kath., Werfstraße 20b, und Luise Scholz, evang., ebenda. — Buchdruckereigehilfe Max Pflieger, evang., Sternstraße 51, und Martha Keller, kath., ebenda. — Brenner Friedrich Krause, Matthiasstraße 76, und Caroline Hubner, evang., Köhplag 7. — Tischler Eugen Wiesner, evang., Paulstraße 14, und Martha Scholz, evang., ebenda.

Geschickte. I. Kaufmann Moritz Guttsch, jüd., in Riegnitz, mit Kolade Güttschmann, jüd., hier. — Kaufherr August Baudach, evang., in Riegnitz, mit Johanna Wagner, evang., hier. — Hilfsbremerer Dominik Schön, evang., mit Emma Amort, evang., hier. — Arbeiter Josef Deumlich, kath., mit Elise Böhm, evang., hier. II. Arbeiter Gottlieb Kreischmer, evang., mit Susanne Wuttig, geb. Glaz, hier. — Kuffcher August Wirtz, kath., zu Ganth, mit Anna Heim, kath., hier. — Hilfsbremerer Hermann Schmidt, evang., hier, mit Bertha Langner, evang., zu Harnau. — Schmiedemeister Anton Demmig, kath., mit Martha Zensale, kath., hier. — III. Korbmacher Julius Klein, evang., mit Martha Stolpe, kath., hier. — Arbeiter Johann Parowski, kath., mit Theresia Panke, kath., hier. — Zigarrenfabrikant Paul Behms, kath., mit Valentine Stauel, kath., hier.

Geburten I. Schumacher Karl Winter, kath., I. — Arbeiter Karl Ballus, kath., S. — Kaufmann Adolf Koch, evang., I. — Stellmacher Heinrich Weigmann, evang., S. — Haushälter David Bernert, evang., S. — Kaufmann Hugo Benzly, evang., S. — Lokomotivführer Gustav Wagwald, evang., S. — Kaufmann Karl Sackur, kath., I. — Schlosser Hermann Helmert, kath., I. — Buchhalter Max Sandberg, jüd., S. — Schmied Heinrich Gornig, evang., I.

Todesfälle. I. Glanzmeister Hermann Marks, 58 J. — Magazin-Arbeiter Josef Wotwald, 72 J. — Oberlehrerin Frau Laura Sneyf, geb. Fritsch, 58 J. — Arbeiter, S. des Arbeiters Hermann Albrigg, 9 W. — Rentiere Emilie Wisklich, 68 J. — Haushälterin Ottilie Stod, geb. Walbe, 65 J. — Agnes Gombwald, ohne Stand, 17 J. — Berw. Frau Theresie v. Miltzsch, geb. v. Ködritz, 75 J. — Char. Lotte, I. des Drochschensbesizers August Brieis, 4 Wlon.

Breslau. Verein der Arbeiter und Arbeiterinnen der Schäftebranche. Jeden Dienstag, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung in Sabels Reparatur, Kleine Grobengasse. — Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder.

Breslau. Gesangsabteilung des Sozialdemokratischen Arbeitervereins. Jeden Mittwoch, Abends von 8 1/2 Uhr ab: Übungsstunde unter tüchtigem Dirigieren im Lokale „zu den drei Lauben“, Neumarkt 8. — Aufnahme neuer Mitglieder.

Breslau. Les- und Diskussionsklub „Solidarität“. Jeden Mittwoch, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal, Lehndamm 28 (Idahof). — Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder.

Altwaßer. Les- und Diskussionsklub „Vorwärts“. Mittwoch, den 13. Januar, Abends 8 Uhr im Vereinslokal „Gasthof zum Deutschen Kaiser“: Vereins-Abend von jetzt ab wieder regelmäßig alle Mittwoch Abends. Gäste sind willkommen.

Redaktion für den lokalen Teil.

Unsere Korrespondenten mögen uns entschuldigen, daß wir durch die in letzter Zeit festgefundenen Raumbeschränkung des provinzialen Teiles gezwungen waren, mehrere Einmeldungen zurückzustellen. Derselben gelangen nunmehr der Reihenfolge ihres Eintreffens nach zum Abdruck. Es ist Vorsorge getroffen, daß dieser Uebelstand nicht mehr vorkommt.

Für den Preßfond gingen ein: Vom Verein der Schäftebranche hier 6 Mark; aus Goldberg durch H. Gerstberger 5,30 Mark.

Druckfehlerberichtigung.

In Nr. 15 der „Volkswacht“ soll es Seite 5, Spalte 3, Zeile 2 von unten nicht heißen: „alten“, sondern „edien“.

Leser- und Diskutir-Klub „Gleichheit“.

Des Mitglieders hiermit zur Kenntnis, daß der Vereinsabend am 18. d. Mts. der öffentlichen Gewerkschafts-Versammlung wegen ausfällt.

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Leser- u. Discutir-Club „Solidarität“.

Mittwoch, den 20. Januar 1892 Abends 8 Uhr:

Witallieder-Versammlung

in Küster's Restaurant, Seebadweg 28.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag: Der Kernpunkt des Parteiprogramms. 2. Diskussion. 3. Vorstandswahl. 4. Statutenänderung.

Es werden die Mitglieder ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Leser- und Diskutirklub „Ferdinand Lassalle“.

Donnerstag Abend 8 Uhr:

General-Versammlung

im Lokale des Herrn Kämpel, Augustastr. 4.

Tagesordnung:

1. Soll der Verein weiter bestehen oder nicht?
2. Beschiedenes.

Der Vorstand.

Gäste haben Zutritt.

Sozialdemokratischer Klub der im Buchdruckgewerbe beschäftigten Arbeiter.

Donnerstag, den 21. d. Mts., Abends 8 Uhr, findet im Gasthaus „In den 3 Tauben“ auf dem Neumarkt die

konstituierende Versammlung

mit folgender Tagesordnung statt:

1. Definitive Konstituierung des Klubs.
2. Statutenberatung.
3. Vorstandswahl.
4. Beschiedenes.

Stimmberechtigt sind nur jene Teilnehmer, die sich vorher in die Mitgliederlisten eingetragen haben. Um rege Beteiligung ersucht.

Die Kommission.

Allgemeiner Arbeiter-Verein zu Altwasser.

Sonntag, den 31. Januar: Karibik Jahr

im Gasthof „zum deutschen Kaiser“.

Eintritt abends 6 Uhr. Anständige Gäste willkommen.

Eintrittskarten sind zu haben beim Zigarrenmacher Höhnisch, in Waldenburg, Cochiusstraße Nr. 6.

Mitglieder 40 Pfg. Nichtmitglieder 60 Pfg.

Der Vorstand.

F. J. Wiedersich,

Bäckerei, Scheitnigerstraße 41

offen:

4 Pfund Roggenbrot 62 Pfennig.

4 Pfund Hansbrot 59 Pfennig.

Commisbrot à Stück 38 Pfennig.

Gute Semmeln, Schrippen, Backwaren.

Wort-Bilderlagen werden vergeben und dem Publikum bekannt gemacht.



Solidarität!

Arbeiter! Wer hat welche arbeitende Hände unter dem Schweiß der Augen, die die Garantie des Besten verdienen? Wer hat die Hände? Wer hat die Hände? Wer hat die Hände?

Kauft nur Güte mit dieser Marke!

In folgenden Geschäften sind Güte mit Kontrollmarken zu haben: Reinhold Linde, Neue Leipzigerstraße 1b. Carl Pisch, Alte Leipzigerstraße 21. Carl Böhm, Seebadweg Nr. 23-24. Paul Gante, Friedrichsstraße Nr. 10. Gustav Rommel, Friedrichsstraße Nr. 76. Robert Schuppe, Nikolaisstraße Nr. 35. Robert Lehner, Dreystraße 8. Adolf Heilmann, Rathhausplatz Nr. 2. Gustav Richter, Gneisenauplatz 5. R. Menzel, Grabengrabenstraße Nr. 6.

Von Seiten der Händler wird sehr oft der Käuf angefordert, und es ist zu sagen: Für diese Güte gibt es keine Marken.

Wir machen darauf aufmerksam, daß es Güte mit Marken in allen Breitenlagen und Qualitäten gibt und die Ausbeute nur gemacht wird, um den Käufer zu führen.

Indem wir die Genossen bitten, nur die von uns bezeichneten Güte zu kaufen, ist es auch hier nötig, sich zu überzeugen, daß die Marken immer vorher im Hause sind.

Jedes Einkommen der Marke beim Kauf ist Betrug. Alle Unregelmäßigkeiten bitten wir an uns zu richten.

Die organisierten Arbeiter.

J. E. Richard Gruent, Jägerstraße Nr. 1, IV. Etage.

Verantwortlich für den politischen Teil: Fritz Anwert, Wilhelmstraße 1. — Für den lokalen und provinziellen Teil: Carl Thiel, Seebadweg 140 III. — Für den Infanzenteil: G. Zahn. — Expedition: Weitzbergstraße 64. — Verlag von D. Schatz. — Rotationsdruck von Th. Schatz. — Druck in Dresden.

Rohrtafel!

in besten, gut brennenden Qualitäten zu billigsten Preisen empfiehlt Johannes Kubis, Seebadweg Nr. 1.

Gruppenbilder

der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

2. Auflage.

Preis 75 Pfennige.

Bestellungen

nehmen alle Kolporteurs sowie auch die Expedition dieses Blattes entgegen.

Der wahre Jakob 143

illustrirtes soziald. Witzblatt.

Preis 10 Pfg.

zu beziehen durch die Expedition der „Volkswacht“.



Die deutsche Revolution. Geschichte der deutschen Bewegung von 1848 und 1849. Von Emil Bloch. 22 Hefen à 20 Pfg. Probehefte liefert jeder Kolporteur. S. S. W. Dieck Verlag, Stuttgart.

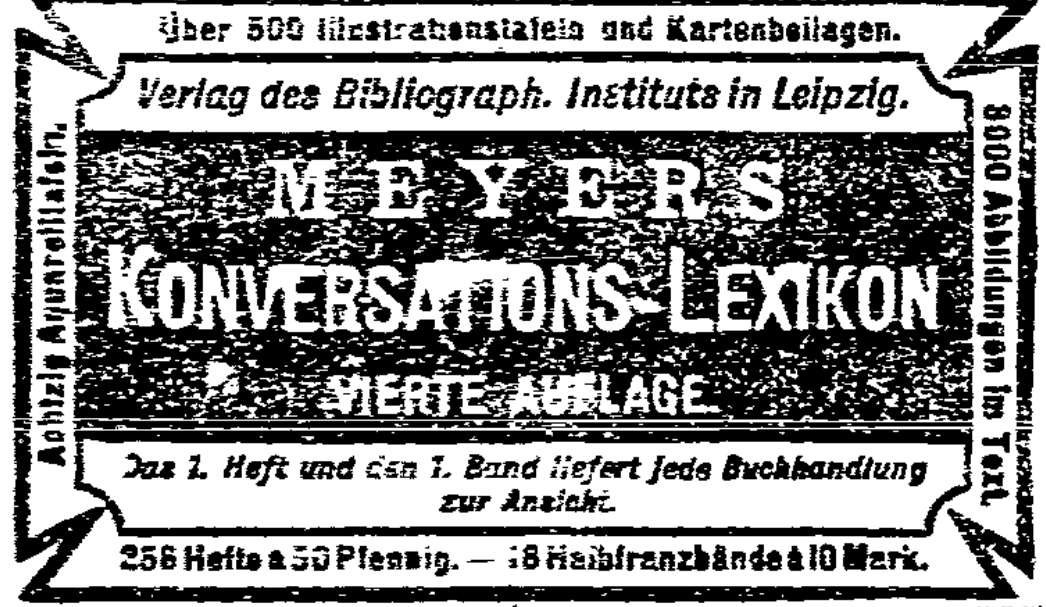
Der sozialdemokratische Staat.

Grundzüge einer mutmaßlichen ersten Form sozialdemokratischer Gesellschaftsverfassung nebst einleitender Schilderung des bestehenden Systems von Oswald Köhler.

Mit 2 graphischen Darstellungen.

Das Werk ist zu beziehen in 6 Hefen à 20 Pfg., broschirt 1,20 Mk., elegant gebunden 1,60 Mk.

Die Expedition der Volkswacht.



Verlag des Bibliograph. Instituts in Leipzig.

Meyers Konversations-Lexikon. Vierte Auflage. Das 1. Heft und ein 1. Band liefert jede Buchhandlung zur Ansicht. 256 Hefte à 50 Pfennig. — 18 Halbranzbände à 10 Mark.

Sobald erschienen:

Die christliche Kirche und der Sozialismus.

Eine sozialdemokratische Antwort auf die Encyclica Leo XIII.

Von Kurt Falk.

Preis 35 Pfennige.

Zu beziehen durch die Expedition und Kolporteurs dieses Blattes.

Eine nette Gesellschaft!

Nette Leute, die Chinesen, Die den Europäern großen Und sie mit Gewalt in's Jenseits Hölle Wut befördern wollen! Jedenfalls sind sie nur neidisch Ueber uns're Eleganz, Denn die „Schneidigkeit“, die „Force“ Ist nicht Sache Febrmars! Na, wir woll'n sie schon bekehren, „Gold'ne Vierundsechzig“ schenkt Jedem ganz China Garderobe, Dann ist aller Groll versenkt!

Jetzt im Ausverkauf.

Herrn-Winter-Paletots von 10 Mark an, bis wie nach Maß gefertigt von 18 Mark an, Schnurjacken mit Pelzbesatz, Herren-Herbst-Anzüge von 10 Mark an, feine Winter-Anzüge von 16 Mark an, Frack-Anzüge in Tuch und Damengarn von 25 Mark an, sehr gute von 33 Mark an, Herren-Jaquets, von 5 Mark an, Winter-Jaquets mit Wollfutter von 8 Mark an, Schlafrocke von 8 Mark an, Herren-Burkin-Hosen v. 8 Mark an, gute Winter-Hosen von 5 Mark an, Hosen und Westen von 6 Mark an, modernste von 8 Mark an, Anab.-Winter-Palet. mit Besatz v. 3 Mark an, Anzüge für j. Alter von 2,50 Mark an, Keller-Fracks und Anzüge. Versandt nur unter Nachnahme. Umtausch bereitwill. jed. Zeit.

„Goldene 74“

1. Etage, Ohlauerstr. 74, 1. Etage

Dem Dicken von der Nikolausgasse 32 ein donnerndes Lebehoch zu seinem 58. Wiegenfeste von einigen Genossen aus dem Klub „Gleichheit“.

Genossen.

Offerte jedem Partei-Genossen vor dem Ohlauerthore gute reelle

Cigarren,

à Stück 6, 5, 4 Pf. 3 u. 4 zu 10 Pf. Paul Götter,

Cigarrenmacher, Bülowstraße 24

Ein Genosse.

Der jung verheiratet, durch eine Menge unglücklicher Schicksalschläge schwer getroffen ist, hätte edelgestimmte Genossen, ihm mit einem Darlehn von etwa 80 Mark auf 6 Monate herbringen zu wollen. Offerten unter F. 45 befördert die Expedition der „Volkswacht“.



Durch die Expedition der „Volkswacht“

sind folgende Schriften zu beziehen:

Die ländliche Arbeiterfrage. 2. Aufl. Gebund. M. 2,00.

Dr. E. Zimmermann's Großer Deutscher Generalkrieg. Illust. Volksausgabe. Erscheint in Hefen à 20 Pf. Rautsch, Thomas Bore. Geb. M. 2,50

Sichtbarkeiten der Vorzeit. Geschichte Sammlung, ausgewählt v. Max Regal. Illustriert von Otto Emil Sau. 3. Bruchband, mit Goldschnitt, gebunden Preis M. 3,50.

Schippel, Das moderne Deutschland. Geb. M. 2,00.

Rautsch, Mary' Oekonomische Lehren. Gebund. M. 2,60.

Sommel, E. Jodanis Ost. 7. 2. Historische Studie. 25 Pf.

Bebel, Charles Fourier. Geb. M. 2,50